

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Credit Suisse: Jean Ziegler über den Bankenbanditismus** Seite 7



## Krieg in der Ukraine

Ursachen und Folgen: Die Analyse von Oliver Fahrni. **Seiten 7-8**

## Das war der Kongress

Unia-Initiative für besseren Schutz vor Kündigungen kommt. **Seiten 10-11**

## Exodus bei den Baumeistern

Mehr als die Hälfte der Geschäftsleitung ist weg. **Seite 5**

# Covid dauert lang

Wie Sie sich wehren können, wenn Ärzte und Versicherungen Ihr Leiden leugnen. **Seiten 14-15**



Megan Rapinoe

## Gleichberechtigungs-

# Goal!

**8. März:** US-Fussballerinnen bekommen endlich gleich viel Geld wie die Fussballer.

**Und:** Reinigerinnen wehren sich gegen Auslagerung und Lohn-Klau bei der Hirslanden-Klinik. **Und:** Schweizer McDonald's-Frau zwingt Burger-Brater in die Knie. **Seiten 2-4**



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## KRIEG MACHT TOT

Plötzlich sind nicht mehr alle Epidemiologen. Plötzlich sind alle Russland- und Ukraine-Expertinnen. In den sozialen Medien und auch sonst. Selbst die, die vor wenigen Tagen noch das Ikea-Logo mit der ukrainischen Flagge verwechselt hätten. Entsprechend unterkomplex ist denn auch der Verarbeitungsgrad des neuen, furchterregenden Kriegs in Europa. Putin = Hitler = Putler. So steht es auf Demo-Plakaten. Und schon trägt Putin ein Hitler-Schnäuzchen. Selbst ein

### Es geht also doch mit dem humanitären Gedanken!

Gesichtspartei Hitlers ersetzt wurde. Titel: «Die Geschichte wiederholt sich». Es ist ein Fake-Cover, wie «Time» berichten musste. Und eines, das ausser primitivem Provospass nichts bringt. Wie so viele andere Kurzschluss-Polemiken, mit denen sich jetzt viele Luft machen. Richtig, im Falschen gibt es kein Richtiges. Und irgendwie müssen wir uns ja Luft machen nach zwei Jahren Corona-Pandemie mit Angst, Tod und Einschränkungen. Und jetzt kommt auch noch dieser Krieg! Und trotzdem: Die Geschichte wiederholt sich nie genau gleich. Und der Versuch, Hitler zum alleinigen Monster zu machen, war schon bei Hitler nicht aufschlussreich. Sondern ein politisches Ablenkungsmanöver. Denn die, die dem kleinen Österreicher erst auf seinen Thron halfen, wollten nicht genannt werden.

**HINTERGRÜNDE.** Genauso verhält es sich mit der Verteufelung Putins als (neuerdings) irres Ungeheuer. Solche psychiatrischen Ferndiagnosen haben den Nachteil, dass sie «den Konflikt eher verdunkeln als erhellen», schreibt work-Autor Oliver Fahrni in seiner lehrreichen Analyse der Kriegslage. Fahrni: «Putin ist fraglos der Aggressor. Doch wie jeder Konflikt hat der Ukraine-Krieg Ursachen und eine Vorgeschichte. Wer den Krieg stoppen will, sollte die Hintergründe kennen.» Und die sind alles andere als einfach. Einfach und klar ist nur eines: Krieg ist keine Lösung. Krieg ist zerstörerisch, Krieg macht arm, und Krieg macht tot. Auf allen Seiten.

**OHNE PASS.** Schon sind Hunderttausende Menschen aus der Ukraine auf der Flucht. Und es könnten noch viel mehr werden. Denn es sieht leider eher nach Eskalation aus denn nach Verhandlungen (Stand Redaktionsschluss am 2. März). Immerhin zeigt sich diesmal auch die bürgerliche Schweiz bereit, Flüchtende «unbürokratisch» aufzunehmen. Wenn's sein müsse, auch ohne Pass. Dass sagt ausgerechnet die in Migrationsfragen sonst eiserne Justizministerin Karin Keller-Sutter. Anders als Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan, sollen Ukraineerinnen und Ukrainer auch nach Ablauf der 90-Tage-Frist in der Schweiz bleiben können. Möglichst mit Familiennachzug. Es geht also doch mit dem humanitären Gedanken. Das sind gute News! So hätten wir es gerne auch künftig! Das ist aber auch grausam zynisch: denn offensichtlich geht es nur dann, wenn die «richtigen» Flüchtenden kommen. Die hellhäutig-hellhaarigen. Das wiederum ist ebenso ungeheuerlich wie die Einteilung in «gute» und «böse» Kriege. Es gibt nur eines: Frieden jetzt!

**Analyse und Demo-Aufruf: Seiten 7-8.**



## Hirslanden-Klinik stellt Reinigerinnen auf die Strasse ... ... kaltschnäuzig und kurz vor ihrer Pensionierung

**Seit 25 Jahren putzt Finka Erceg das Spital Linde in Biel. Jetzt hat die Klinikleitung sie und sieben Kolleginnen entlassen. Aber die Frauen setzten sich zur Wehr.**

JOHANNES SUPE

Tosender Applaus. Vor Hunderten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern spricht Reinigerin Finka Erceg (58) am Unia-Kongress in Biel (siehe Seiten 10-11). Sie sagt: «Wir haben Tag für Tag die Klinik saubergehalten, jahrelang. Wir haben auch ein Herz für die Patientinnen und Patienten. Jetzt aber brauchen wir Unterstützung!» Sie spricht für sich und ihre sieben Kolleginnen, die geschasst werden sollen. «Wir sind nicht einverstanden. Die Spitalleitung spricht nicht mit uns. Nach all den Jahren haben wir mehr verdient.»

### RAUSWURF KURZ VOR WEIHNACHTEN

Das Spital Linde gehört zur Hirslanden-Gruppe. Seit 25 Jahren reinigt Finka Erceg hier. Ihre Kollegin Döndü Elmali (62) kommt auf 14 Dienstjahre, Matilde Dos Santos Diogo (60) gar auf 30. Grossartig sind die Löhne nicht, aber höher als im Vergleich zu anderen Stellen in der Reinigungsbranche. Auf einige ruhige Jahre bis zur Pension hätten sie sich gefreut, sagen Erceg und ihre Kolleginnen. Doch Ende 2021 kommt alles anders: Am 7. Dezember werden die Reinigungsfrauen zu einer Sitzung gerufen. Zum Schock

der Frauen verkündet die Leitung, dass die Reinigung ausgelagert werden soll. Bisher war sie direkt bei der Klinik unterstellt, künftig wolle man aber auf «externe Anbieter» setzen. Für die Reinigerinnen heisst das: Sie erhalten die Kündigung auf Ende März 2022. In einer Stellungnahme gegenüber work schreibt Hirslanden, es hätten «übergeordnete organisatorische und finanzielle Punkte zu diesem Entscheid» geführt. Die Klinik sei von der Pandemie «hart getroffen» worden und habe «flexibler» werden wollen.

Matilde Dos Santos Diogo sagt: «Die Klinikleitung hat uns versprochen, dass alles gleich bleibe. Dass wir von der neuen Firma übernommen würden.» Doch als die neuen Verträge endlich vorliegen, wird klar: Die Mitarbeiterinnen sollen auf 500 bis 900 Franken Lohn verzichten und für Löhne um die 3300 Franken arbeiten.

Und noch etwas stösst den acht Frauen sauer auf. Bei der Information Anfang Dezember hatte ihnen die Hirslanden-Leitung versprochen, dass die Klinik ihnen nach der Kündigung ein Jahr lang den vollen Lohn bezahlen würde. Später ist davon aber keine Rede mehr. In einem Schreiben vom 23. Dezember wendet sich dann erneut die örtliche Hirslanden-Leitung an die Frauen: «Offensichtlich seid ihr davon ausgegangen, dass ihr für weitere 12 Monate den bisherigen Lohn erhaltet. Es tut uns leid, dass ihr dies als gesichert aufgenommen habt.» Die Spitalleitung verspricht neu nur noch 400 Franken pro Monat, für ein halbes Jahr. Erceg und ihre Kolleginnen wenden sich an die Unia Biel-Seeland/Solothurn. Ihr Regioleiter Alain

Zahler findet deutliche Worte: Ausgerechnet bei den Tieflohnen zu beginnen und den Arbeiterinnen gekürzte Saläre anzubieten sei «ein Hohn». «Hirslanden will auf dem Rücken der Reinigerinnen sparen.»

An Mitteln mangelt es der privaten Hirslanden-Gruppe nicht. Zur Kette gehören 17 Kliniken in der Schweiz. Der Gewinn im vergangenen Geschäftsjahr vor Steuern und Abzügen: 272 Millionen Franken. Die Auslagerung von Teilbereichen der Spitäler gehört dabei zum Geschäftsmodell des Konzerns. In 15 Kliniken wurde die Reinigung bereits an externe Firmen vergeben.

In Biel ist es noch nicht so weit. Mindestens einen ordentlichen Sozialplan mit anständigen Entschädigungen wollen die Reinigerinnen erreichen. Mehr als 200 der 500 Mitarbeitenden am Standort Biel haben hierzu bereits eine von der Unia lancierte Petition unterzeichnet. Unia-Mann Zahler sagt: «Eine so grosse Solidarität ist selten.»

Stur gibt sich hingegen die Hirslanden-Leitung. Mitte Februar antwortete Hirslanden, dass man die Einladung zu Verhandlungen über einen Sozialplan «dankend ablehne». Auf Nachfrage von work erklärt Hirslanden, der Klinik sei es ein Anliegen, dass die Reinigerinnen «gut betreut» würden. Und im Hinblick auf einen Sozialplan wolle sie «individuelle Gespräche mit den betroffenen Mitarbeiterinnen» führen.



## Carrosserie-Gewerbe: Der neue Gesamtarbeitsvertrag steht Bis zu 350 Franken mehr Mindestlohn!

**Fertig mit dem Flickwerk: Das Carrosseriegewerbe bekommt einen neuen GAV, der fast die ganze Schweiz abdeckt.**

CHRISTIAN EGG

Die Carrosseriespenglerinnen und -lackierer in den Kantonen Waadt, Wallis, Freiburg und Neuenburg können sich freuen: Bisher waren sie vom Gesamtarbeitsvertrag der Branche ausgenommen, jetzt nicht mehr. Denn am 1. Juli tritt voraussichtlich der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in Kraft, den die Gewerkschaften Unia und Syna mit den Arbeitgebern ausgehandelt haben. Und der deckt neu fast die ganze Schweiz ab. Ausgeklammert sind nur noch der Kanton Jura und der Berner Jura, dort gilt ein regionaler GAV. Der Grund für die bisherige Ungleichheit zwischen den bei-

den Landesteilen: Die Arbeitgeberverbände der Deutsch- und der Westschweiz gingen eine Zeitlang getrennte Wege. Doch jetzt haben sie sich wieder vereint. Und für die Unia war das die Chance, die Lücke zu schliessen.

**MEHR LOHN.** Besonders freut das auch Yannick Egger, der bei der Unia fürs Carrosseriegewerbe zuständig ist. Er sagt: «Endlich hat die Branche einen ganzen GAV! Jetzt profitieren alle von den gleichen Regeln.» Der neue Vertrag gilt schweizweit für rund 5000 Beschäftigte. Die



FOTO: GETTY

grosse Mehrheit von ihnen wird ab dem Sommer mehr verdienen: Für alle mit einem Lohn bis zu 6300 Franken können die Gewerkschaften eine Lohn-erhöhung von 60 Franken aushandeln. Kräftig nach oben gehen zudem die Mindestlöhne. Neu gibt's in den meisten

**Der neue Vertrag gilt schweizweit für rund 5000 Beschäftigte.**

Kantonen nach Abschluss einer dreijährigen Lehre mindestens 4500 Franken pro Monat, mit

zwei Jahren Berufserfahrung dann 4700. Abgesehen vom Tessin garantiert der Vertrag jetzt auch für alle ohne Lehrabschluss einen Lohn von mindestens 4000 Franken. Mit sieben Jahren Erfahrung sind es 4200 Franken. Das sind 350 Franken mehr als bisher!

Bei der Arbeitszeit können die Firmen wählen zwischen 41 Stunden pro Woche oder 42 Stunden plus eine zusätzliche Woche Ferien.

Während des Vaterschaftsurlaubs gibt's 90 Prozent Lohn statt der gesetzlichen 80 Prozent. Ausserdem gibt es künftig drei bezahlte Weiterbildungstage. Das ist einer mehr als bisher. Und: Ältere Arbeitnehmende werden besser geschützt. Alle ab 58 Jahren profitieren von einer verlängerten Kündigungsfrist. Sie dauert neu vier statt drei Monate.

Sexismus: Der Chef wollte sie zermürben, aber McDonalds-Mitarbeiterin Paula Ducroix wehrte sich. Mit Erfolg!

# «Jetzt gibt's endlich ein Hochzeitsfest!»



Bei McDonald's war Paula Ducroix eine Senkrechtstarterin. Bis der Chef von ihren Heiratsplänen erfuhr. Und sie nicht mehr befördern wollte. Doch das liess sie sich nicht bieten!

JONAS KOMPOSCH

«Nicht klingeln, Baby schläft!» steht an der Tür des alten Bauernhauses. Hier, im Dörfchen St-Martin im Neuenburger Jura, wohnt Paula Ducroix\* (24) mit ihrem Mann und Töchtern Elena\*. Vor zwei Monaten erst kam sie zur Welt. Ihr Nachmittags-Nickerchen hält sie aber schon wie eine Grosse. Durch nichts lässt sie sich stören, döst seelenruhig vor sich hin. Was aber, wenn sie wüsste, was ihre Mutter erlebt hat?

Paula Ducroix arbeitete im McDonald's-Restaurant in Marin NE. Schon 2017 hatte sie dort angefangen, noch während ihres Wirtschaftsstudiums. Zuerst war sie Kassierin, aber schon nach wenigen Monaten begann sie zusätzlich als Burger-Bräterin in der Küche. Eine solche Doppelfunktion, sagt Ducroix, sei nicht üblich beim Fast-Food-Giganten. «Eigentlich haben Mitarbeitende nur je eine Aufgabe. Mich aber interessierte der gesamte Laden, und zudem war es betrieblich sinnvoll, dass jemand die Kolleginnen in der Küche unterstützte.» So wurde Ducroix Allrounderin und Ausbilderin, machte aus ihrem Studi-Job eine Vollzeitstelle und erhielt für monatlich 100 Arbeitsstunden rund 2200 Franken Lohn.

## «WÄRST DU EIN MANN...»

Das habe ihr gepasst: «Ich liebte mein Team, und auch mit den Vorgesetzten gab es nie Probleme.» Deshalb bewarb sich die Senkrechtstarterin mit Überzeugung, als in ihrem «Mac» Anfang 2020 eine Management-Stelle frei wurde. Dazu ermutigt habe sie nicht zuletzt ihre Vorgesetzte. Beste Aussichten also. Zumal auch noch ihre Hochzeit bevorstand, was im gesamten Team bekannt gewesen war. Dann aber wurde die McDonald's-Filiale an einen neuen Franchisenehmer verkauft. Und der machte Ducroix einen fetten Strich durch die Rechnung.

Nicht sie, sondern eine ältere Frau bekam die Stelle. Eine herbe Enttäuschung für Ducroix, die nun von der Vorgesetzten eine Erklärung verlangte. Die Antwort: Der neue Chef befürchte, dass sie bald schwanger werde, wenn sie heirate. Ducroix traute ihren Ohren nicht, sass einfach nur da, Schockstarre pur. Dann wieder die Vorgesetzte: «Wenn du ein Mann wärst, hätten wir dieses Gespräch nicht führen müssen.» Das war zu viel. Noch nie habe sie eine so offene Diskriminierung erlebt, sagt Ducroix. «Ich war verletzt und wütend zugleich.» Entmutigen liess sie sich aber nicht.

Trotz der Wut im Bauch beschloss sie, die Sache professionell anzugehen. Daher kontaktierte sie zunächst die Personalabteilung von McDonald's. Diese empfahl ein Gespräch mit der Vorgesetzten und dem Chef. Ducroix befolgte



**HARTNÄCKIG:** Eine Klage gestützt auf das Gleichstellungsgesetz ist langwierig und kräftezehrend. Paula Ducroix wagte es trotzdem. Und hielt durch. Jetzt muss ihr Ex-Chef ihr eine Entschädigung zahlen. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

den Rat. Doch eine befriedigende Erklärung erhielt sie auch am runden Tisch nicht. Die Vorgesetzte bestritt, gesagt zu haben, der Chef lehne die Beförderung wegen der Heirat ab. Und der Chef stellte sich auf den Standpunkt, nie etwas versprochen zu haben. Wieder fühlte sich Ducroix hintergangen. Es sollte das letzte Mal gewesen sein. Sie

## «Beim Kinderwunsch hat der Chef sicher nichts zu melden!»

EX-MITARBEITERIN PAULA DUCROIX

kündigte – allerdings schweren Herzens, denn: «Auf einmal verlierst du dein geliebtes Team und wirst von Geldsorgen geplagt.» Immerhin war die Aussprache mit den Oberen nicht völlig für die Katz. Ducroix hatte nämlich – im Einverständnis aller Anwesenden – das gesamte Gespräch aufgenommen. Nun hatte sie brauchbare Beweise in der

Hand. Zum Beispiel diesen Satz ihrer Vorgesetzten: «Es ist wahr, das hätte ich dir so nicht sagen dürfen.» Damit ging Ducroix zum kantonalen Gleichstellungsbüro. Die Fachleute empfahlen ihr, eine Gewerkschaft anzurufen.

## CHEF SCHWÄNZT SCHLICHTUNG

Als Unia-Mitglied brauchte Ducroix nicht lange zu suchen. Im Neuenburger Unia-Büro erklärte ihr Anwältin Virginie Ribaux die Rechtslage. Und Ducroix beschloss zu klagen, denn: «Beim Kinderwunsch hat mein Chef sicher nichts zu melden!» Zuerst ging es vor die Schlichtungsbehörde – ohne Erfolg. Denn der Chef tauchte nicht einmal auf, sondern schickte bloss einen Anwalt. «Die dachten wohl, mich so zermürben zu können», sagt Ducroix. Sie blieb jedoch hartnäckig, traf sich über zehn Mal mit Anwältin Ribaux und hielt zwei Jahre durch.

Am 7. Februar war es endlich so weit: Prozesstag vor dem Regionalge-

richt Littoral et Val-de-Travers. Nach einer langen Verhandlung stellte die Richterin fest: Die Beweislage für eine verweigerte Beförderung aufgrund des Geschlechts sei zu dünn. Hingegen seien die diskriminierenden Äusserungen der Vorgesetzten besonders schwerwiegend. Und durch Ducroix' Audio-Aufnahmen auch belegt.

Geradestehen muss dafür notabene der Chef: Ihn verdonnerte das Gericht zu einer Entschädigung von 6000 Franken. Auch die Anwaltskosten von 2500 Franken muss er seiner Ex-Angestellten berappen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Für Ducroix ist es aber schon jetzt ein Triumph: «Dass ich recht habe, wusste ich ja. Aber erst die gerichtliche Bestätigung hat mich erleichtert.» Und die Entschädigung? Um Geld sei es ihr nie gegangen, aber: «In diesem Jahr machen wir sicher Auslandsferien. Oder ein verspätetes, dafür rauschendes Hochzeitsfest.»

## Erfolg für Walliser Kaminfeger

SITTEN. Erstmals überhaupt haben die Walliser Kaminfegermeister mit einer Gewerkschaft, der Unia, einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Er gilt für alle zehn Firmen im Kanton. Garantiert sind fortan Mindestlöhne von 25.45 bis 32.55 Franken, ein dreizehnter Monatslohn und Mittagsspesen. Dazu gibt es fünf Wochen Ferien. Über 60jährige erhalten eine Woche mehr. In der Branche schweizweit bisher einmalig ist ausserdem die Einführung eines Vorruhestandssystems, das die Frührentierung mit 62 Jahren ermöglicht. Kaminfeger-GAV gab es bisher nur in den Kantonen Bern, Freiburg, Genf und Waadt.

## Protest gegen Päckli-Riesen DPD

PARIS. Zur Verteidigung ihrer Rechte sind fünf Tessiner DPD-Fahrer bis nach Paris gefahren. Dort protestierten sie am 24. Februar vor dem Hauptsitz der französischen Post. Der Grund: Die fünf Unia-Mitglieder waren im Januar entlassen worden, nachdem sie sich gewerkschaftlich



**SO NICHT!** Die DPD-Fahrer kämpfen gegen ihre Entlassung. FOTO: UNIA

organisiert und die miesen Arbeitsbedingungen kritisiert hatten. Angestellt waren sie bei lokalen Subunternehmen der DPD-Gruppe. Diese wiederum gehört dem französischen Postkonzern. Nun hat sich auch der internationale Gewerkschaftsdachverband UNI Global eingeschaltet und eine Petition lanciert. Ihre Forderung: Die Kündigungen müssten sofort zurückgenommen werden. Jetzt Petition unterschreiben: [rebrand.ly/dpd-petition](https://rebrand.ly/dpd-petition).

## Klimakrise bringt ungleiche Gefahr

GENÈVE. In seinem neusten Bericht bestätigt der Weltklimarat IPCC, was die Klimajugend seit langem betont: Klimaschutz braucht Gerechtigkeit. So mache der Klimawandel derzeit fast die Hälfte der Weltbevölkerung «extrem verletzlich». Weil ihre Lebensbedingungen schon jetzt prekär sind. In Afrika, Lateinamerika und Südostasien war die Sterblichkeit infolge von Unwettern zuletzt 15 Mal höher als anderswo. Aber auch in reichen Ländern steige die Gefahr wegen tiefer Einkommen und wachsender Ungleichheit. Am besten gewappnet seien «Systeme, die auf Gleichheit, sozialer und Klimagerechtigkeit basieren».

## Mega-Raubzug auf Mietende

BERN. In der Schweiz werden Mieterinnen und Mieter im grossen Stil abgezockt. Weil Vermieterinnen sich weigern, die gesetzlich vorgeschriebenen Mietzinsreduktionen zu gewähren. Und weil sie die Mieten missbräuchlich erhöhen. Allein im letzten Jahr zahlte so jeder Mietshaushalt 4400 Franken zu viel. Das sind total 10 Milliarden Franken, die sich die Immobilienbesitzer zu Unrecht einverleibt haben. Sogar 78 Milliarden sind es seit 2006. Das zeigen neue Berechnungen des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) im Auftrag des Mieterinnen- und Mieterverbands.

\*Namen geändert

# US-Fussballstar Megan Rapinoe triumphierte auf dem Platz – und siegte am Verhandlungstisch Endlich gleich viel Lohn wie die Männer!

**Die amerikanischen Top-Fussballerinnen haben's geschafft! Nach sechs Jahren Ringen mit dem Fussballverband können die Frauen endlich die Lohnleichheit feiern.**

CHRISTIAN EGG

Sie wurden viermal Weltmeisterinnen und viermal Olympiasiegerinnen. Die US-amerikanischen Fussballerinnen sind nicht nur das erfolgreichste Nationalteam im Frauenfussball – ihre Bilanz ist auch zimal besser als die ihrer männlichen Kollegen (deren grösster Erfolg bis heute: Halbfinal anno 1930). Und doch wurden die Frauen bisher schlechter bezahlt als die Männer. Sie bekamen tiefere Prämien pro Einsatz, weniger Boni bei Erfolgen, sogar weniger Essensentschädigung im Trainingslager!

Jetzt ist damit Schluss. Die US-Frauenteam und der US-Fussballverband haben mit einem Abkommen die Lohnleichheit besiegelt. Das ist historisch! Darüber hinaus zahlt der Verband einmalig 24 Millionen Dollar. Das meiste davon geht als Entschädigung direkt an die Spielerinnen – ein stillschweigendes Eingeständnis der bisherigen Lohn-diskriminierung.

## HAARSTRÄUBENDE ARGUMENTE

Megan Rapinoe, zweifache Weltmeisterin und Superstar des amerikanischen Fussballs, war 2016 eines von fünf Teammitgliedern, die mit einer Lohnleichheitsklage den Stein ins Rollen brachten. Als am 22. Februar der Deal stand, war sie überglücklich: «Das ist ein riesiger Sieg», sagte sie am TV-Sender NBC. «Wir haben nicht nur das Unrecht der Vergangenheit korrigiert, wir ermöglichen auch der nächsten Generation etwas, wovon wir nur träumen konnten.» Von Anfang an hatte der amerikanische Fussballverband die Klage



**YES!** Crystal Dunn, Rose Lavelle, Christen Press, Megan Rapinoe und Alex Morgan (v.l.) feiern an den Olympischen Spielen in Tokyo 2020 ihren Sieg gegen das niederländische Team. FOTO: GETTY

der Spielerinnen mit allen Mitteln bekämpft. Nach drei Jahren hatten Rapinoe und ihre Mitspielerinnen genug und gingen aufs Ganze: Sie zogen ihre Beschwerde zurück und verklagten stattdessen den Verband wegen Geschlechterdiskriminierung. Jetzt als ganze Mann- beziehungsweise Frauschaft.

Kurz darauf fand in Frankreich die WM statt. Und die US-Fussballerinnen holten sich den Titel. Als Fifa-Präsident Gianni Infantino zur Siegerinnen-Ehrung schritt, skandierte das Publikum «Equal Pay!» Gleicher Lohn! Das war 2019.

Den US-Fussballverband liess das kalt. Seine Anwälte behaupteten vor Gericht: die Ungleichbehandlung sei gerechtfertigt, denn die Frauen seien den

Männern körperlich unterlegen und trügen weniger Verantwortung.

Ein fadegrades Eigentor. Es folgten ein öffentlicher Aufschrei, Proteste in den Stadien. Und: Wichtige Sponsoren wie Coca-Cola, Visa und der Brauerei-Multi Budweiser distanzieren sich von den sexistischen Behauptungen des Fussballverbands. Dieser trat schliesslich auf die Notbremse: Die Anwälte wurden gefeuert, der Verbandspräsident trat zurück.

Rapinoe und ihr Team hatten die Herzen Amerikas auf ihrer Seite. Doch dann kam der Schock. Das Gericht wies die Klage ab. Eine systematische Benachteiligung sei nicht erwiesen.

## EIN GAV FÜR ALLE!

Trotzdem gelang den Frauen noch der Coup: Der Fussballverband unterschrieb die Lohnleichheitsvereinbarung. Offensichtlich wollte die Verbandsspitze keinen weiteren Imageschaden riskieren. Geholfen haben dürfte, dass mit Ex-

Fussballerin und Weltmeisterin Cindy Parlow Cone zum ersten Mal eine Frau an der Spitze des US-Verbands steht.

Offen ist nun noch, wie viel die Frauen und Männer künftig verdienen werden. Präsidentin Cone machte allerdings schon mal klar: Künftig soll es einen einzigen Gesamtarbeitsvertrag geben, der für alle gilt, egal ob Frau oder Mann. Doch da gibt es noch ein Problem: Der US-Verband finanziert sich auch durch Boni, die der Weltfussballverband Fifa den Nationalteams für ihre WM-Teilnahme zahlt. Und für die Fifa ist Lohnleichheit ein Fremdwort: Total 400 Millionen Dollar zahlte sie den Mannschaften an der letzten WM. Für die Frauen-WM gab's insgesamt gerade mal 30 Millionen.

Für US-Verbandspräsidentin Cone ist klar: Die Männer müssen jetzt von ihren bisherigen Prämien einen Teil an die Frauen abgeben. «Zumindest bis die Fifa gleiche Preisgelder für Frauen und Männer auszahlt.»



## SCHWEIZER FUSSBALLERINNEN

### 800 FRANKEN MONATSLOHN

Männerfussball ist ein Millio-nengeschäft, auch in der Schweiz. Für die Frauen gibt's dagegen nur ein paar Brösmeli. Wie viel der Schweizer Verband den Frauen im Nationalteam genau zahlt, wollte dieser auf Anfrage nicht bekanntgeben. Laut «Tages-Anzeiger» bewegen sich die Tagesansätze nur gerade «im tiefen dreistelligen Franken-Bereich».

## RIESIGER UNTERSCHIED.

Noch wichtiger für die finanzielle Situation ist aber, was die Spielerinnen bei ihren Clubs verdienen. Laura Rivas Kaufmann vom feministischen Fussballverband kennt die Zahlen: «In der letzten Saison gab es in der Schweiz 47 Spielerinnen, die einen Vertrag mit fixem Lohn hatten. Bei den meisten lag er zwischen 800 und 1500 Franken pro Monat, ein paar wenige bekommen 3000 Franken.» Und das sei bereits ein Fortschritt, so Rivas Kaufmann. Noch vor wenigen Jahren hätten nur eine Handvoll Spielerinnen überhaupt einen Lohn erhalten. Aber klar, der Lohnunterschied zu den Männern sei nach wie vor gigantisch. Ein durchschnittlicher Spieler in der Schweizer Super League kassiert einen Lohn von fast 14 000 Franken im Monat. (che)

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Neue Akkus und Batterien: Der Zug geht ab. Bei den Staubsaugern und bei Stadler Rail.

**Wer ein iPhone hat, weiss: Wir müssen sie regelmässig laden. Sonst ist schnell Schluss mit Telefonieren und Chatten. Jetzt treten die Batterien einen Siegeszug durch die Welt der Produkte an.**

Wird den Batterien der ganz grosse Durchbruch gelingen? Dazu braucht es vier Dinge. Erstens muss der Preis pro gespeicherte Kilowattstunde auf 50 Franken sinken. Zweitens sollte man eine Batterie 5000 Mal laden und entladen können. Drittens darf die Batterie pro gespeicherte Kilowattstunde nicht mehr als 2,5 Kilogramm schwer sein. Und viertens muss sie möglichst wenig seltene Erden und Metalle beanspruchen.

**ELEKTROAUTOS.** Überall auf der Welt arbeiten Forscherinnen und Forscher an dieser eierlegenden Wollmilchsau. Immer neue angekündigte Durchbrüche machen Hoffnung. Aber ab und zu dauert alles etwas länger. Denken wir an die verlustfreie Übertragung des Stroms mittels Supraleiter. Ab und zu ist auch dem «Ingenieur etwas zu schwör», wie Daniel Düsentrieb zu sagen pflegte.



**SAUBERE SACHE:** Akku-Sauger saugen so gut wie die weltweit besten traditionellen Staubsauger. FOTO: KEYSTONE

Freuen wir uns derweil über das, was bisher schon erreicht wurde: Die Schweizerinnen und Schweizer mit und ohne Pass kaufen immer mehr Elektroautos. Obwohl wir im internationalen Bereich bei der Zahl der Ladestationen nur mittelpflichtig dastehen. Elektroautos rechnen sich ökologisch und ökonomisch, das hat der TCS errechnet. Aber sie brauchen im Winter zehn Prozent mehr Strom pro Kilometer als im Sommer. Uns

droht somit stromseitig erst recht ein Winterloch. Wir können es in vernünftiger Zeit nur mit hochalpinen Freiflächenanlagen lösen. Weil die gleiche Solarzelle in den Alpen vier Mal mehr Winterstrom liefert als auf dem Dach des Uni-Gebäudes in Bern.

**BATTERIE-ZÜGE.** In Deutschland sind viele Bahnstrecken nicht elektrifiziert. Auf diesen fahren heute Diesel-

lokomotiven hin und her. Lange Zeit stellte sich die Frage: Soll man diese durch Wasserstoffkompositionen ersetzen. Oder durch batteriebetriebene Triebwagen. Untersuchungen zeigten: Batteriezüge sind Wasserstoffzügen haushoch überlegen. Ökonomisch und ökologisch. Deshalb kann der Schweizer Zugunternehmer Peter Spuhler mit seiner Stadler Rail jetzt 14 neue Batteriekompositionen nach Deutschland und Schleswig-Holstein verkaufen. Ein industriepolitischer Durchbruch, den man nicht hoch genug einschätzen kann.

**AKKU-SAUGER.** Ein Grossteil der Arbeitsstunden, vorab der unbezahlten Arbeitsstunden, werden national und international in den privaten Haushalten verrichtet. Im Kampf gegen Dreck und Staub sind Staubsauger unabdingbare Helfer. Die deutsche Stiftung Warentest vergleicht Monat für Monat die auf dem Markt befindlichen Haushaltsprodukte. Das Thema der Februar-Nummer 2022 lautet: «Duell der Sauger. Akku gegen Kabel. Doppeltest für eine saubere Entscheidung». Und dieser Test zeigt einwandfrei: Die Akku-Sauger saugen so gut wie die

weltweit besten traditionellen Staubsauger. Ökologisch und ökonomisch handelt somit richtig, wer den alten Staubsauger entsorgt und einen neuen Akku-Staubsauger kauft. Unter anderem, weil ein solcher vergleichsweise massiv weniger Strom verbraucht.

**ROTER BOSCH.** Die aufmerksamen Leserinnen und Leser dieser Rubrik kennen die Geschichte des deutschen Unternehmers Robert Bosch selig, der als junger Unternehmer leidenschaftlich gern mit seinem Wohnungsnachbarn, dem marxistischen Theoretiker Karl Kautsky, und mit der Kommunistin Clara Zetkin diskutierte und zeit seines Lebens der Sozialdemokratie nahestand. Und der sein Unternehmen schliesslich in die Hände einer Stiftung legte, die sich seither erfolgreich und weltweit als Industriekonzern behauptet. Unter anderem mit Akku-Saugern.

Wir Menschen handeln oft nicht rational. Deshalb werden in den Repair-Cafés des WWF uralte Staubsauger mit viel Liebe retrogefittet. Und drum sorgen die Erben des roten Bosch jetzt bestimmt für rote Köpfe bei den handglismeten Wollsocken-Trägerinnen und -Trägern.

# Unia-Bau-Chef Nico Lutz ist alarmiert: «Baumeister wollen die 50-Stunden-Woche!»

**Der alte Bau-Vertrag läuft Ende 2022 aus. Ein neuer muss her. Mit klaren Forderungen sind die Gewerkschaften Unia und Syna nun in die Verhandlungen eingestiegen. Im Gegensatz zu den Meistern.**

JONAS KOMPOSCH

**work:** Nico Lutz, die Gewerkschaften und der Baumeisterverband (SBV) haben sich zur ersten Sitzung für die Neuverhandlung des Landesmantelvertrags (LMV) getroffen. Wie war's?

**Nico Lutz:** Es war eine etwas seltsame Verhandlungsrunde. Da Direktor Benedikt Koch den Baumeisterverband Ende Mai verlässt, wird künftig der Präsident, Gian-Luca Lardi, die Verhandlungsleitung übernehmen. Er konnte aber am Montag aus terminlichen Gründen nicht dabei sein.

Zudem haben wir unsere Forderungen offen auf den Tisch gelegt. Die Baumeister aber blieben vage. Sie sprachen von Flexibilität, Wett-

**«Es wird nicht einfach, denn die Positionen liegen weit auseinander.»**

bewerbsfähigkeit und Vereinfachungen im Vertrag. Wir mussten mehrmals nachfragen, um herauszufinden, was ihre konkreten Forderungen sind. Dann verstanden wir: Sie wollen eine Jahresarbeitszeit im Rahmen gesetzlicher Schranken.

**Das heisst?**

Die Einführung der 50-Stunden-Woche! Geregelt Arbeitszeiten würden wegfallen, und auch bei den Überstunden gäbe es kein Halten mehr. Zudem wollen sie die Löhne und Lohnzuschläge senken. Und Lohnkürzungen für ältere Bauarbeiter haben sie schon früher gefordert. Vermutlich war auch das mitgemeint.

**Genau das Gegenteil fordern die Bauarbeiter...**

Klar, wir müssen die übertriebenen flexiblen Arbeitszeiten und überlangen Arbeitstage wieder unter Kontrolle bringen. Heute müssen die Bauleute im Sommer regelmässig zehn Stunden oder mehr bei grosser Hitze auf der Baustelle arbeiten. Hinzu kommt die Reisezeit, die nicht zur Arbeitszeit zählt, aber schnell zwei Stunden pro Tag betragen kann. So kommt es zu 11-, 12- oder gar 13-Stunden-Tagen. Das geht nicht. Die Bauarbeiter sehen ihre Familien nicht mehr.

**Machen die Bützer da mit?**

Manche haben keine Wahl. Doch oft sind es gerade die guten Leute, die sich nach Alternativen umschauen. Schon heute verlässt jeder zweite gelernte Maurer den Beruf, und die Zahl der Lehrlinge ist drastisch gesunken. Das ist sehr schade, denn Bauarbeiter ist ein schöner und erfüllender Beruf. Aber die Arbeitsbedingungen müssen besser werden. Doch weil der Termindruck so brutal geworden ist, können die Bauarbeiter heute kaum mehr ihre Arbeit unterbrechen, wenn Gefahr droht. Im Laufe eines Jahres verunfallt jeder sechste Bauarbeiter. Und die Zahl der schweren Unfälle hat so-



**BAU-CHEF NICO LUTZ:** «Die Bauarbeiter haben 11-, 12- oder gar 13-Stunden-Tage. Das geht nicht. Sie sehen ihre Familien nicht mehr.»

FOTO: YOSHINO KUSANO

gar zugenommen. Daher erstaunen auch die Resultate nicht, die unsere Umfrage bei 17 500 Bauarbeitern ergeben hat: Die Hauptforderungen sind kürzere Arbeitstage und mehr Schutz bei Schlechtwetter.

**SBV-Sektionen streiten sich, jene aus dem Wallis opponiert gegen die Verbandsspitze. Und diese muss gleich vier Abgänge verkraften. Was ist los im Baumeisterverband?**

Wir können nur Vermutungen anstellen. Wir nehmen wahr, dass die zunehmend dogmatische Haltung der Verbandsspitze von einem Teil der Baumeister und der Sektionen nicht mitgetragen wird. Das führt zu Problemen im Zusammenhalt des Verbands und macht die Arbeit an dessen Spitze wahrscheinlich schwierig.

**Fast die Hälfte aller Baufirmen sind ja gar nicht mehr Mitglied im Verband. Ist das für die Gewerkschaften ein Problem?**

Wir haben ein Interesse an einem Baumeisterverband, der möglichst viele Baufirmen vertritt. Man kann besser mit einem starken Partner verhandeln. Ein Problem ist, dass ein Teil des SBV in Bezug auf die Ge-

werkschaften das gerade anders sieht. Sie denken, sie würden an Gewicht gewinnen, wenn sie uns zu

**«Wir fordern kürzere Arbeitstage und mehr Schlechtwetter-Schutz.»**

schwächen versuchen. Doch das ist gleich doppelt falsch: Erstens haben auch die Baumeister ein Interesse an starken Gewerkschaften als repräsentativen Verhandlungspartnern. Und zweitens bewirkt jede Polemik des Baumeisterverbands gegen uns das exakte Gegenteil: Sie nützt dem Ansehen der Gewerkschaft.

**War es auch Polemik, als Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi im Herbst mit dem vertragslosen Zustand drohte?**

Möglicherweise hat diese Aussage mehr mit den internen Dynamiken im SBV zu tun. Es gibt sicher Baumeister, die keinen Vertrag wollen. Ich weiss allerdings nicht, ob sie alle Konsequenzen durchüberlegt haben. Ohne Mindeststandards und einen klaren Rahmen, der für alle gilt, leiden vor allem die seriösen Firmen. Der Wettbewerb läuft nicht mehr über Qualität, sondern über

Lohndumping. Viele Baufirmen sehen aber sehr wohl ein, dass der LMV für die gesamte Branche – für Bauarbeiter und Firmen – sehr wichtig ist. Auch um die Weiterbildung zu finanzieren. Die braucht die Branche dringend, weil akuter Mangel an Fachkräften herrscht.

**Ohne LMV entfele auch die Friedenspflicht. Käme es damit zu einer Streikwelle?**

Unser Ziel ist nicht, möglichst viel zu streiken, sondern in harten, aber fairen Verhandlungen Lösungen zu finden. Umgekehrt ist aber auch klar: Eine Gewerkschaft, die nicht streiken kann, ist keine Gewerkschaft. Kurze vertragslose Perioden gab es immer wieder. Etwa zwischen Oktober 2007 und April 2008. Am 1. Oktober traten mehrere Hundert Bauarbeiter auf den Neat-Baustellen in den Streik. Auch Anfang 2012 hatten wir einen vertragslosen Zustand, fanden dann aber eine Lösung vor dem geplanten Streik im Frühling. Jetzt stehen aber bis im November noch sechs Verhandlungsrunden an. Es wird nicht einfach werden. Die Positionen liegen weit auseinander. Die Bauarbeiter erwarten aber klare Verbesserungen. Und sie sind bereit, dafür zu kämpfen.

**Wegen Hardliner-Haltung gegen Gewerkschaften?**

## Exodus bei den Baumeistern

**Im Baumeisterverband hängt der Haussegen schief. Jetzt treten 4 von 7 Geschäftsleitungsmitgliedern auf einmal ab.**

JONAS KOMPOSCH

Die Walliser Baumeister sind wütend: «Dogmatismus» herrsche im Schweizerischen Baumeisterverband (SBV). Geführt werde er von realitätsfernen «Technokraten», die «eher gegen eine Gewerkschaft als für das Wohlergehen

**Direktor Kochs Abgang kommt zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.**

der Arbeitnehmer und der Unternehmen» kämpften. So steht es in einer öffentlichen Verlautbarung der Verbandssektion (work berichtete). Jetzt zeigt sich: Auch ganz oben kriselt es.

Vier von sieben Mitgliedern der nationalen Geschäftsleitung haben dem SBV den Rücken gekehrt. Gekündigt hat sogar Benedikt Koch (50), der Direktor höchstpersönlich. Der studierte Landwirt war knapp sechs Jahre beim SBV. Kochs Abgang kommt zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt: Seit Montag laufen die Neuverhandlungen für den Landesmantelvertrag (LMV) des Bauhauptgewerbes, einen der wichtigsten GAV der Schweiz (siehe Interview links). Das Kräfteemessen zwischen Gewerkschaften und Meistern dauert das ganze Jahr. Koch aber geht auf Ende Mai, also mitten in der heissen Phase. Und er geht nicht allein.

**ROCHADEN MIT FOLGEN**

Personalchefin Monja König (53), eine treue Gefährtin Kochs, hat ebenfalls gekündigt. Bereits weg ist Jérémy Benjamin (35), Leiter Arbeitgeberpolitik und Recht. Seine SBV-Karriere dauerte



**DER NEUE:** Ab Mai wird Bernhard Salzmänn oberster Baumeister. FOTO: SBV

nur eineinhalb Jahre. Dabei hatte der Jurist aus Lausanne für die Baumeister extra seine Kaderstelle beim Staatssekretariat für Wirtschaft an den Nagel gehängt. Zum Abgang des einzigen welschen GL-Mitglieds äussert sich SBV-Kommunikationschef Bernhard Salzmänn auf Anfrage nicht. Kenner vermuten als Trennungsgrund jedoch den jüngsten Konfrontationskurs der SBV-Spitze gegen die Gewerkschaften. Davon sei Benjamin teils abgewichen.

**BERÜHMTER GROSSONKEL**

Kein Geheimnis macht Salzmänn aus der Personalie Urs Schüpbach (60). Der Finanzchef gehe in Pension. Überhaupt stünden die Abgänge in keinem Zusammenhang mit verbandsinternen Differenzen, so Salzmänn. Folgen dürften die Rochaden trotzdem haben. So übernimmt Salzmänn den Direktorenposten von Koch. Der 41jährige Walliser hat Geschichte und Journalistik studiert. In der Baubranche, das heisst im SBV, ist er seit vier Jahren tätig. Zuvor war Salzmänn die rechte Hand von FDP-Mann und Gewerblpräsident Hans-Ulrich Bigler und in dieser Funktion eine zentrale Figur der rechten No-Billag-Kampagne 2018. Doch möglicherweise wird sich der Direktor in spe künftig eher auf seinen Grossonkel Anton Salzmänn besinnen. Dieser war in den 1980er-Jahren Zentralpräsident des Christlichen Bau- und Holzarbeiterverbands – und ein Wegbereiter des frühzeitigen Altersrücktritts für Baubüezer!

## Konzernverantwortung Macht's die EU vor?

Was ein Ansturm der gesammelten Wirtschaftslobby auf die Gesetzgebung bewirken kann, haben wir bei der Konzernverantwortungsinitiative gesehen, über die wir im November 2020 abgestimmt haben. Als sich im Parlament ein guter Gegenvorschlag abzeichnete, liessen die Arbeitgeberverbände «Swiss-Holdings» und «Economiesuisse» ihre Mus-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

keln und Beziehungen spielen. Und siehe da: FDP-Bunderätin Karin Keller-Sutter liess sich von ihnen einspannen. Und mit ihr dann alle bürgerlichen Parteien. Das Resultat ist der lausige Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative, der jetzt in Kraft ist.

**PATRONALES SPERRFEUER.** Einen gleichen Angriff organisierten die Wirtschaftsverbände auch in der EU. Sie hatte ein starkes Gesetz zur Konzernverantwortung in Aussicht gestellt. Das europäische Parlament beschloss gute Vorgaben. Doch dann begann das patronale Sperrfeuer. Allen voran schossen die Deutschen aus vollen Rohren. Und plädierten für eine möglichst kleine Unternehmenshaftung bei Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Und das nur für wenige Mega-

Unternehmen. Die Lobbyisten spannten die CDU-Fraktion ein. Und diese EU-Kommissions-Chefin Ursula von der Leyen, eine CDU-Frau. Mit Erfolg! Dreimal wurde die Vorlage aus der Traktandenliste gestrichen. Pech bloss, dass die CDU danach aus der deutschen Regierung flog.

**KELLER-SUTTER.** Jetzt hat es der Gesetzesentwurf doch noch durch die EU-Kommission geschafft. Er hat unterwegs zwar ein paar scharfe Zähne verloren, ist aber im Vergleich zum Schweizer Gegenvorschlag immer noch ziemlich bissig. Und gleicht pikanterweise der Schweizer Konzernverantwortungsinitiative. In einigen Punkten geht der Entwurf der EU sogar darüber hinaus. Zum Beispiel sollen die Unternehmen auch für Verfehlungen der Lieferanten haften.

Bundesrätin Keller-Sutter sieht nun alt aus. Hatte sie doch behauptet, ihr Gegenvorschlag entspreche dem europäischen Standard. Auch wenn die Wirtschaftslobby dem Gesetz in der Endrunde weitere Zähne zieht, wird es immer noch weit besser sein als der Schweizer Gegenvorschlag.

## UNIA online



### Check deinen Coop-GAV

Arbeitest du bei Coop? Kennst du deine Rechte rund um Lohn, Gesundheitsschutz und Arbeitszeiten? Nimm an unserer Umfrage teil und wahre deine Rechte sowie die deiner Kolleg:innen. Mach den Check:

[www.unia.ch/coop-gav-check](http://www.unia.ch/coop-gav-check)

## FDP-Noser & Co. wollen Arbeitsgesetz faktisch abschaffen

# 16-Stunden-Tage und 67-Stunden-Woche



MIT DEM VORSCHLAGHAMMER: FDP-Ständerat Ruedi Noser möchte die ohnehin schon schwachen Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen am liebsten gleich ganz beseitigen. FOTO: KEYSTONE

## Die Schweiz ist mit ihrem Arbeitsgesetz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schon heute extrem unfreundlich mit den Arbeitenden. Jetzt wollen die Rechten es noch mehr schleifen.

CLEMENS STUDER

In zwei Jahren sind eidgenössische Wahlen. Und die rechten Parteien von SVP bis GLP wollen ihren Sponsoren und Sponsoren noch liefern, was sie ihnen für die Millionen-Parteispenden versprochen haben. Dazu gehört auch: Sie wollen den bereits jetzt schon sehr schwachen Schutz der Lohnabhängigen durch das Arbeitsgesetz weiter abschwächen.

Den neusten Anschlag auf den Gesundheitsschutz startete der frühere CVP-Ständerat Konrad Graber. Angeblich, um das Problem von Buchhaltungsfirmen und Revisionsgesellschaften zu beseitigen. Weil diese in den Zeiten der Jahresabschlüsse überproportional viel zu tun hätten, sollten dort neu auch 16-Stunden-Tage und 67-Stunden-Wochen möglich sein. Nach mehreren parlamentarischen Schlaufen lag eine leicht modifizierte Variante vor. Jetzt soll die Revision «nur» noch solche Beschäftigte treffen, die brutto mehr als 120 000 Franken im Jahr verdienen oder einen Bildungsabschluss auf Tertiärstufe haben.

### WARNER BUNDES RAT

Der Bundesrat warnte vor dem ständerätlichen Modell dieser «Jahresarbeitszeit». Und zwar, weil die Gewerkschaften nicht einbezogen worden seien. Formal waren das

zwar die Arbeitgeberverbände auch nicht, real haben sie diese Schwächung des Arbeitnehmerschutz-

### «Mindestens 150 000 Arbeitnehmende wären nicht mehr geschützt.»

SGB-ARBEITSZEITEXPERTE LUCA CIRIGLIANO

zes aber in Auftrag gegeben. Das vorliegende Modell hätte «geringe Erfolgchancen», sagte der Bundesrat. Zu dieser Einsicht dürfte wesentlich beigetragen haben, dass die Gewerkschaften unmissverständlich mit dem Referendum drohten.

In der «Allianz gegen Stress und Gratisarbeit» waren unter anderem auch die Schweizerische Gesellschaft für Arbeitsmedizin, der Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, der Schweizerische Verband der Berufs-

organisationen im Gesundheitswesen und der Schweizerische Bankpersonalverband dabei. Letzterer im Unterschied zu dem vom Zürcher Rechts-SP-Ständerat Daniel Jositsch präsidierten «KV Schweiz» und zu «Angestellte Schweiz».

Der Protest wirkte, das Geschäft wurde sistiert und eine Arbeitsgruppe von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen eingesetzt. Ziel: ausloten, was unter Beachtung des Gesundheitsschutzes der Lohnabhängigen allenfalls auf Verordnungsweg innerhalb des bestehenden Gesetzes möglich wäre.

### KAHLSCHLÄGER NOSER

Doch statt auf die Resultate der Arbeitsgruppe zu warten, die dem Vernehmen nach gut unterwegs ist, rennt die rechte Mehrheit der ständerätlichen Wirtschaftskommission (8 Rechte, 4 Fortschrittliche) mit dem Kopf durch die Wand. Auf Antrag des Zürcher FDP-Ständerates Ruedi Noser weitet sie den schon inakzeptablen Graber-Vorstoß weiter aus. Der Noser-Vorschlag will jetzt quasi für alle Arbeitnehmenden, die in Firmen arbeiten, die irgendetwas mit «Beratung» zu tun haben, die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen weitestgehend abschaffen. Und damit speziell auch das Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit. Wegfallen soll der Schutz für «Vorgesetzte» und «Fachspezialisten» mit einem «höheren Bildungsabschluss». Arbeitsgesetzexperte Luca Cirigliano vom SGB kommentiert: «Das ist ein eigentlicher Gummiparagraph.» Denn, so Cirigliano: «Damit wären mindestens 150 000 Arbeitnehmende in Sachen Arbeitszeit nicht mehr vom Arbeitsgesetz geschützt.»

### STOPPER VOLK

Bevor der Gesamtständerat über diese faktische Abschaffung des Arbeitsgesetzes für viele Lohnabhängige entscheidet, wird sich noch der Bundesrat äussern. Frühestens in der Sommersession wird der Ständerat über Nosers Kahlschlagantrag entscheiden. Danach ist der Nationalrat an der Reihe. Klar ist jetzt schon: Die Gewerkschaften werden das Referendum ergreifen, falls die bürgerlichen Mehrheiten in National- und Ständerat ihre Pläne durchsetzen.

## Steuerkriminelle stoppen: Jetzt unterschreiben!

### Die bürgerliche Mehrheit will die Verrechnungssteuer abschaffen. Aber nur für Reiche. Das Referendum läuft schon!

CLEMENS STUDER

Die rechte Parlamentsmehrheit zwingt Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien aktuell zu Referendum um Referendum. Nach dem wichtigen Sieg gegen den Steuerbschiss bei der Emissionsabgabe geht es jetzt um die Abschaffung der Verrechnungssteuer. Noch so ein sperriger Begriff. Und ein noch dreisterer Plan als bei der Emissionsabgabe.

### Was ist die Verrechnungssteuer?

Die Verrechnungssteuer von 35 Prozent wird abgezogen, bevor Einkünfte aus beweglichem Vermögen ausbezahlt werden, also vor allem Zinsen und Dividenden. Und

von Lottogewinnen. Wer seine Zinserträge und Lottogewinne – und damit indirekt auch sein Vermögen – in der Steuererklärung angibt, bekommt sie zurückerstattet. Deshalb ist die Verrechnungssteuer auch eine «Sicherungssteuer». Sempel und bewährt. Erhoben wird sie vom Bund, 10 Prozent der Erträge gehen an die Kantone.

### Was wollte der Bundesrat ursprünglich?

Der Bundesrat wollte eine Steuerlücke bei ausländischen Obligationen schliessen.

### Was hat die rechte Parlamentsmehrheit daraus gemacht?

Die rechten Parteien von SVP bis GLP haben nicht nur die ursprünglich geplante Schliessung eines Steuerschlupfloches verhindert, sondern gleich auch noch ein neues aufgerissen. Ganz im Sinne

der Banken und der Finanzindustrie soll jetzt die Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen und Obligationenfonds ganz wegfallen. Das ist eine Einladung für in- und ausländische Steuer-



**JETZT UNTERSCHREIBEN:**  
[steuerkriminalitaet-nein.ch](http://steuerkriminalitaet-nein.ch)

hinterziehende. Denn Jahr für Jahr nimmt der Bund mehrere Hundert Millionen Franken aus der Verrechnungssteuer ein, weil nicht alle einbehaltenen Verrechnungssteuern zurückgefordert werden. Auch, weil sich Steuerkriminelle nicht outen wollen. Die nicht zurückgeforderten Verrech-

nungssteuern sind eine Entschädigung für die Allgemeinheit.

### Was heisst das konkret?

Zinseinnahmen aus normalen Bankguthaben inländischer Privatpersonen und Lottogewinne ab 1000 Franken wollen die rechten Parteien weiterhin der Verrechnungssteuer unterstellen. Das bedeutet konkret: Auf einem Lottogewinn von 1001 Franken wird die Verrechnungssteuer abgezogen. Wer aber aus inländischen Obligationen oder Obligationenfonds 1000000 Franken einnimmt, bekommt die ganze Million ausbezahlt. Und hat kein Interesse mehr, Vermögen und Einnahmen daraus korrekt anzugeben. Dreister haben die Rechten von SVP bis GLP noch nie gezeigt, für wen sie Politik machen: für in- und ausländische Superreiche, selbst wenn diese steuerkriminell sind.



**VERZWEIFELTE FLUCHT:** In Lwów (Lemberg), nahe der polnischen Grenze, harren Frauen und Kinder stundenlang aus, um sich mit dem Zug in Sicherheit zu bringen. FOTO: GETTY

## Putins Angriff auf die Ukraine

# «Ist das jetzt der 3. Weltkrieg?»

**Der russische Herrscher Wladimir Putin führt Krieg in der Ukraine. Europa antwortet mit Sanktionen und Rüstung. Die Hintergründe einer furchterregenden Lage.**

OLIVER FAHRNI

Housi fragte mich dieser Tage: «Ist das jetzt der dritte Weltkrieg?» Der Mann ist Lehrer und wirkt ziemlich fertig: «Zuerst Covid und jetzt das!»

Mit seinem Angriff auf die Ukraine und der Drohung, «präventiv» Atomwaffen einzusetzen, hat der russische Präsident Wladimir Putin eine furchterregende Lage geschaffen. Zu work-Redaktionsschluss am 2. März steht eine 70 Kilometer lange russische Panzerkolonne bereit für den Sturm auf die ukrainische Hauptstadt Kiew. Bürgermeister Vitali «Dr. Stahlfaust» Klitschko, ein früherer Boxweltmeister, verspricht den Russen erbitterten Widerstand «Haus um Haus». Wie das ausgehen könnte, weiss man aus Tschetschenien. Putins Truppen legten die Hauptstadt Grosny in Schutt und Asche. Charkiw, die zweitgrösste ukrainische Stadt, brennt bereits. Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer fliehen nach Polen, Moldawien, Ungarn, Rumänien und in die Slowakei.

Was als begrenzte Militäroperation geplant war, wird zum ausgewachsenen Krieg in Europa. Putins Auftrag an seine Generäle lautete, schnell auf Kiew vorzustossen, den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski abzusetzen und ein moskaufreundliches Regime zu installieren. Es war die Kopie der US-amerikanischen Strategie «Regimewechsel», die US-Präsidenten in Lateinamerika und im Nahen Osten (etwa Irak 2003) angewandt hatten – meist mit verheerenden Folgen. Die Angriffe konzentrierten sich zuerst auf militärische Einrichtungen. Doch die Generäle hatten den Widerstand unterschätzt (angeblich kamen schon 5700 russische Soldaten zu Tode, Stand 2.3.). Jetzt sortieren sie sich neu, fahren massiv Artillerie



**MITTEN IN EUROPA:** In der Ukraine leben über 41 Millionen Menschen. Sie ist flächenmässig doppelt so gross wie Deutschland und der grösste Staat, der ganz in Europa liegt. FOTO: WIKIPEDIA

und Bomber auf. Werden sie nicht gestoppt, wird es höllisch.

### TOTALER KRIEG

Derweil drehen «westliche» Regierungen fast stündlich an der Sanktionsschraube. Putin, Russland, die russischen Oligarchen sollen von der Welt isoliert werden. «Schärfer als alle Bomben» sollen die Sanktionen sein, befahl US-Präsident Joe Biden.

Müssen sie wohl, denn die bisherigen Sanktionen gegen Moskau zeigten wenig Wirkung. Sie sind in Kraft, seit Russland 2014 die Halbinsel Krim annektierte. Nun erklärt Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire Russland «den totalen Wirtschaftskrieg».

Total? Wohl kaum, Europa hängt vorläufig noch an Russlands Gas und Kohle. Doch etliche russische Banken wurden aus dem globalen Interbanken-System Swift geworfen. Weite Lufträume sind für russische Zivilflugzeuge gesperrt. Die Zentralbank ist blockiert, ihre Auslandvermögen wurden eingefroren, der Rubel zerfällt. Sogar die Schweiz, eine zentrale Drehscheibe russischer Rohstoffgeschäfte und Fluchtvermögen, zieht mit. Widerwillig, von der öffentlichen Meinung gedrängt. Neoliberaler Kapitalismus und Sanktionen vertragen sich schlecht. Sie schmälern die Profite. Wir stellen uns die Hektik vor, mit der am Zürcher Paradeplatz derzeit nach Möglichkeiten gesucht wird, sie zu umgehen.

Nur die Manager der Waffenschmieden können sich die Hände reiben. Flugs schaffen die USA, Deutschland und andere Nato-Länder beträchtliche Mengen Kriegsge-

rät in die Ukraine. Nato-Einheiten in diversen osteuropäischen Ländern werden aufgestockt. Europas Politikerinnen und Politiker aller Couleur steigern sich in kriegerisches Gerede. Olaf Scholz, der neue deutsche Bundeskanzler und Sozialdemokrat, sieht gar eine «Zeitenwende» aufziehen. Er tut selber einiges dafür.

### PSYCHIATRISCHE FERNDIAGNOSEN

Überraschend verkündete Scholz die militärische Aufrüstung Deutschlands an: mit 100 Milliarden Euro. Künftig will er jedes Jahr 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung ins Militär stecken. Der ökologische Umbau und der Kampf gegen die wachsende Armut können warten. Was Scholz treibt, enthüllt das eigentliche Problem: Das Machtgefüge, wie es seit dem Ende der Sowjetunion und des Kalten Kriegs bestand, zerfällt. Der Sieg des kapitalistischen Systems, so hatte der US-

### ... wird zum ausgewachsenen Krieg in Europa.

Politologe Francis Fukuyama 1989 verkündet, sei «das Ende der Geschichte», unter der ordnenden Fuchtel der letzten Supermacht USA. Es war eine trügerische Sicherheit. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erkennt heute eine «kritische Lage». Und wie ein Mantra wiederholen Regierungschefs den Satz des Historikers Heinrich August Winkler: «Wir erleben den gefährlichsten Moment der Geschichte seit der Kubakrise 1962.»

Fortsetzung auf Seite 8



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DER SCHWEIZERISCHE BANKENBANDITISMUS

Es war ein prächtiger Tag im Januar. Die Schneefelder des Mont-Blanc glitzerten in der seltsam warmen Sonne. Wir sassen auf der Terrasse über den Weinbergen in meinem Wohnort, dem kleinen Winzerdorf Russin. Meine Besucherin, Nina

**Was mich empört, ist das fürchterliche menschliche Elend, das die Bankenmoguln anrichteten.**

Bovensiepen, ist eine kluge, lebhaft, sympathische Frau. Als Mitglied der Gruppe «Investigative Recherche» der «Süddeutschen Zeitung» (SZ) gehört sie zu den einflussreichsten Journalistinnen Europas. Sie bereiste die Schweiz, um in vielen Gesprächen den hiesigen Bankenbanditismus zu verstehen. Am 22. Februar erschien in der SZ ihre Reportage zu dem «gespaltenen Land».

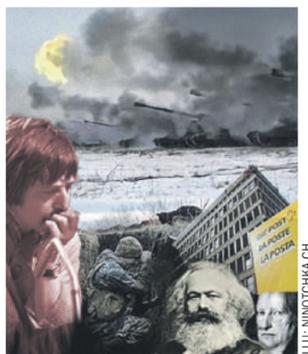
«SCHWEIZER GEHEIMNISSE». Im letzten Jahr erhielt die SZ Dokumente zu 18000 Konten der Credit Suisse. Der Absender blieb anonym. Die SZ teilte die Informationen mit vierundsiebzig anderen internationalen Medien, die im «Projekt zur Erfassung und Veröffentlichung von organisierter Kriminalität und Korruption» zusammenarbeiten. Das Material erstreckte sich über achtzig Jahre bis in die Gegenwart. Die akribische Bearbeitung dieser «Swiss Secrets» brachte Erstaunliches zutage: Die Credit Suisse beherbergte und beherbergt Tausende von Konten, die den mörderischen Geschäften von internationalen Mafiäfürsten (insbesondere der kalabrischen 'Ndrangheta), russischen Oligarchen, Drogenbaronen und gewalttätigen Diktatoren dienten und dienen. Die Bank selbst streitet dabei jede Schuld ab. Seit 1997 folgten an der Bankspitze nacheinander acht CEO. Jeder von ihnen versprach Reformen und Verbesserungen. Keiner hielt Wort. Und keiner wurde gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Im Ausland immerhin zahlte die Bank in den letzten fünfzehn Jahren mehr als 15 Milliarden Franken Bussgeld und Rechtskosten. Was mich empört, sind nicht die astronomischen Saläre und Boni der Bankmoguln und auch nicht ihre permanente Verletzung der schweizerischen Bankgesetze. Vielmehr ist es das fürchterliche menschliche Elend, das ihr Tun in der ganzen Welt anrichtete.

Zum Beispiel in Ägypten: Der Diktator Hosni Mubarak, seine Frau und seine beiden Söhne Gamal und Alaa parkierten 739 Millionen Franken bei der Credit Suisse. Im Januar 2011 demonstrierten Tausende friedlich auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Mubarak schickte Panzer und liess Hunderte seiner Landsleute ermorden. Zum Beispiel in Nigeria: Im bevölkerungsreichsten Staat Afrikas sind 35,2 Prozent der Menschen permanent unterernährt. Diktator Sany Abacha stahl mehr als eine Milliarde Franken und brachte sie nach Zürich. Zugleich verhungern Jahr für Jahr Zehntausende Nigerianerinnen und Nigerianer.

**DRINGENDE REFORMEN.** Zwei Reformen sind dank der SP-Fraktion im Bundeshaus unterwegs. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) soll in Zukunft nicht nur Institute, sondern auch einzelne Bankiers büssen können. Und zweitens soll der absurde Artikel 47 im Bankengesetz verschwinden. Er bedroht mit drei Jahren Haft Journalistinnen und Journalisten, die «illegal» bekannt gewordene Dokumente veröffentlichen. Beide Reformen verlangen unsere energische Solidarität.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Fortsetzung auf Seite 8



## Die Briefträgerin & die Dialektik

Was kann geschrieben werden in diesen schrecklichen Zeiten, das nicht belang- und bedeutungslos wäre angesichts des Weltgeschehens? Die Briefträgerin hatte etwas im Sinn, zweifelte dann,



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

wird nun aber doch darüber schreiben. Im Hinterkopf ein Zitat aus dem Roman «Mein Name sei Gantenbein» von Max Frisch: «Manchmal scheint mir, dass jedes Buch, so es sich nicht befasst mit der Verhinderung des Kriegs, mit der Schaffung einer besseren

## Was kann geschrieben werden in diesen schrecklichen Zeiten?

Gesellschaft usw. sinnlos ist. Müsigg. Unverantwortlich. Langweilig. (...) Es ist nicht Zeit für Ich-Geschichten. Und doch vollzieht sich das menschliche Leben, oder verfehlt sich, am einzelnen Ich. Nirgends sonst.» Schweigen hilft auch nicht weiter, denkt die Briefträgerin deshalb und schreibt nun, wie ursprünglich beabsichtigt, über die Dialektik.

**DREISATZ.** Die Dialektik der Neuzeit ist eine gescheite und faszinierende Denkweise, um die Wirklichkeit zu erkennen und «die Wahrheit» zu finden. Ahnt die Briefträgerin. Ausgeheckt von gescheiten Männern, deren Frauen derweil in der Küche standen oder am Waschtrog. Denken in Gegensätzen und die Aufhebung derselben als Ausgangspunkt eines neuen Gegensatzes.

These – Antithese – Synthese: diesen Dreisatz kennt die Briefträgerin noch aus der Schule. Aber richtig begriffen hat sie ihn nie, beziehungsweise: sie kann ihn nicht auf das alltägliche Leben anwenden. Es sind Bücher geschrieben worden zum Thema, im Internet gibt es dazu unzählige Abhandlungen, die die Briefträgerin nicht versteht und ihrer Länge und Kompliziertheit wegen auch nicht lesen mag. Sie hätte es gern kernig. Zum Beispiel die These: Die Post soll einen Service public bieten. Antithese: Die Post will Geld verdienen. Ja, und was wäre da jetzt die Synthese?

Vor kurzem stach der Briefträgerin in einer Buchhandlung ein Zitat ins Auge: «Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.» Soll der deutsche Liedermacher Wolf Biermann gesagt haben. «Das ist dialektisch!» dachte die Briefträgerin entzückt und fragte sich eine Weile später, ob zum Beispiel die Post sich wohl treu bleibe in ihrem ganzen Wandel...

# Unia-Umbauprogramm: Geschäftsleitung präsentiert erste Vorschläge

## Eine sanfte Renovierung

**Der Unia-Umbau nimmt Fahrt auf. Mit den ersten konkreten Änderungsvorschlägen wird jetzt deutlich, dass der grosse Umbruch wohl ausbleibt.**

JOHANNES SUPE

Nun ist die Katze aus dem Sack. Die Geschäftsleitung der Unia um Präsidentin Vania Alleva hat eine erste Runde von konkreten Reformvorschlägen für den Umbau der Gewerkschaft erarbeitet. Monatlang hatten zuvor Mitglieder beraten und diskutiert, wie die Unia der Zukunft aussehen sollte. Mit den Entwürfen der Geschäftsleitung wird nun kenntlicher, was der Organisation bevorsteht: Evolution statt Revolution, sanfte Änderungen und Verbesserungen statt radikaler Umbau.

Zu drei Themenfeldern unterbreitet die Unia-Führung Vorschläge: Änderungen an den nationalen Gremien der Gewerkschaft, die Zukunft der vier Unia-Sektoren und schliesslich die Rolle der Regionen in der Organisation. Ausarbeitungen zu weiteren Bereichen sollen später folgen.

### FÜHRUNGSGREMIEN DER UNIA

Es ist wohl der grösste Schritt von «Unia 2.0»: Aus dem bisherigen Zentralvorstand, stark geprägt von hauptamtlichen Funktionärinnen und Funktionären, soll ein «Gewerkschaftsvorstand» werden, in dem nur Mitglieder abstimmen dürfen. Die Kompetenzen des neuen Basisgremiums reichen weit. Es soll ebenso über die Schwerpunktsetzung der Gewerkschaft wie auch über etwaige Referenden entscheiden können.

Auch ein zweites Gremium erfährt eine Generalüberholung. Die sogenannte «GL-RS» – hier berät sich die Geschäftsleitung mit den Spitzen der Regionen – soll aufgelöst werden. Künftig dürfte die Runde demnach entscheiden, wie die vom



**KEINE TOTALSANIERUNG:** Die Struktur der Unia soll im Reformprozess nur leicht verändert werden. ILLUSTRATION: UNIA

Gewerkschaftsvorstand bestimmten Schwerpunkte umgesetzt werden, wo und in welchem Umfang Ressourcen

### Der Zentralvorstand soll ein Basisgremium werden.

cen aufgewandt werden. Die Hoffnung dahinter: Was gemeinsam vereinbart wird, wird auch zusammen umgesetzt werden.

### DIE ZUKUNFT DER SEKTOREN

Kehrtwende im Reformprozess! Lange wurde darüber spekuliert, ob im Rahmen von «Unia 2.0» die Sektoren – sie fassen verschiedene Branchen unter einer Leitung zusammen – aufgelöst würden. Auch Präsidentin Vania Alleva hatte im Gespräch mit work

erklärt, es müsse geprüft werden, «inwiefern diese Strukturen noch sinnvoll sind». Nun aber ist klar: Die Sektoren bleiben bestehen.

In den jetzigen Vorschlägen findet sich noch ein Passus, dass der Zusanchnitt der Sektoren durch die nationale Unia-DV angepasst werden könnte. Zum Beispiel ist die Reinigungsbranche derzeit im Sektor Bau angesiedelt. Darüber hinaus sollen die Sektoren weniger eigene Ziele festlegen, sondern sich vielmehr in die Schwerpunktsetzung des Gewerkschaftsvorstandes einbringen.

### KOMPETENZEN DER REGIONEN

In den Onlinekonferenzen schossen die Ideen zur Umgestaltung der Regionen noch in alle Richtungen. Es war etwa die Rede davon, eine Art «Standardgrösse» der Regionen zu definie-

ren, was Fläche und Mitgliederzahl angeht. Derart Wildes wird wohl nicht geschehen.

Die Vorschläge der Geschäftsleitung wollen den Regionen Hilfestellungen bieten. So soll etwa «eine gemeinsame, aber hinreichend flexible Grundlage» für die Regionen in Form eines Musterreglements geschaffen werden, um die Gewerkschaftsstrukturen von Bellinzona bis Basel anzugleichen. Dies soll die Professionalität der regionalen Leitungen sicherstellen. Zudem sollen die regionalen Vorstände stärker beteiligt werden, wenn die gesamte Organisation Entschiede trifft.

### ENTWICKELN STATT STREICHEN

Hans Hartmann koordiniert die Reformdebatte im Auftrag der Geschäftsleitung. Wie sieht er die Änderungsvorschläge, die nun auf dem Tisch liegen? «Ich finde, wir kommen gut voran. Im Statutendickicht kann man sich leicht verrennen. Das ist zum Glück nicht passiert. Sowohl in den Zoom-Konferenzen als auch in den Gremien ist die Debatte wirklich konstruktiv verlaufen. Jetzt sind wir gespannt auf das erste Feedback der Organisationseinheiten.» Besonders eine Sache betont Hartmann in seiner Bewertung: «Das Ganze ist auch ein Lernprozess. Es reicht nicht, einfach ein paar alte Zöpfe abzuschneiden. Wir müssen die Unia als Organisation weiterentwickeln, damit sie stärker werden kann. Die Reformdebatte hilft uns, die damit verbundenen Herausforderungen besser zu verstehen.»

Bis es aber so weit ist, wird es noch dauern. Sämtliche Vorschläge der Geschäftsleitung werden bis Mitte April von den Regionen, Interessengruppen und Sektoren diskutiert. Nach deren Rückmeldungen soll aus der bisherigen «Version 0.1» der Vorschläge eine «Fassung 0.2» werden. Entscheiden wird letztlich ein ausserordentlicher Kongress im Jahr 2023.

## «Ist das jetzt der 3. Weltkrieg?» Fortsetzung von Seite 7

Dass die Welt heute auf dem Hochseil balanciert, soll allein Wladimir Putin geschuldet sein. In den Medien und auch in den Worten von immer mehr westlichen Politikerinnen und Politikern wird der Russe, der lange als skrupellos, aber kalt kalkulierend galt, nun als unberechenbarer und blutrünstiger Irrer porträtiert, der die Welt in den nuklearen Abgrund reissen könnte. Das Gewerkschaftsmagazin «Sozialismus» sagt ihm «imperialen Furor» nach. Und Putin bedient das Zerrbild gut, mit absurden Inszenierungen und brutaler Rede. Man muss nicht unbedingt dem russischen Schriftsteller Wladimir Sorokin folgen, der ein «gnadenloses, wahnhaftes Ungeheuer» erblickt, um sich zu fragen, wie es um den Kremlherrscher stehe. Wenn dieser einsam in riesigen Kreml-Räumen über den angeblichen Genozid in der Industrieregion Donbass faselt oder über die «Nazis» in Kiew, von denen er die Welt befreien müsse.

### Die Manager der Waffenschmieden reiben sich die Hände.

Der Nachteil solcher psychiatrischen Ferndiagnosen aber ist, dass sie den Konflikt eher verdunkeln als erhellen. Putin ist fraglos der Aggressor. Doch wie jeder Konflikt hat der Ukraine-Krieg Ursachen und eine Vorgeschichte. Es ist wenig hilfreich, wenn jene, die danach fragen, als «Putin-Versteher» abgetan werden. Wer den Krieg stoppen will, sollte die Hintergründe kennen. Und wie oft in solchen Fällen geht es eigentlich nur scheinbar um das Objekt des Zanks, die Ukraine.

### DIE NATO EXPANDIERT

Das grosse 44-Millionen-Land am Schwarzen Meer steht heute nur darum im Zentrum des

Sturms, weil es der letzte Puffer zwischen Russland und einer expansiven Nato ist. Das ist nicht veraltetes Denken aus dem Kalten Krieg, sondern ganz reale Sicherheitspolitik: Erst kürzlich, 2020, baute die Nato in Polen, den Russen quasi vor die Haustüre, eine Raketenbasis auf. Die sei nicht gegen Russland gerichtet, tönte die Nato, sondern diene dazu, iranische Langstreckenraketen abzufangen. Über diesen Witz mochte niemand lachen.

Es war nur der letzte Schritt einer langen Reihe von westlichen Offensiven, um die Handlungsfähigkeit Russlands zu kappen.

### KALTE SCHULTER, HEISSER KRIEG

Vor 30 Jahren, nach dem Ende der Sowjetunion, hatte Moskau dem Westen ein «gemeinsames Haus» (Michail Gorbatschow), eine kooperative Sicherheitsarchitektur für Europa, vorgeschlagen. Verschiedene US-Präsidenten, zuletzt Barack Obama, übernahmen das kluge Konzept. Zumindest verbal. Bei der deutschen Wiedervereinigung versprach die Nato, sich nicht nach Osten auszudehnen. 1999 aber integrierte sie trotzdem Polen, Tschechien und Ungarn und 2005 sieben weitere ehemalige Ostblockländer. Putin nannte das einen Verrat. Wer die Memoiren westlicher Politiker liest, etwa von Zbigniew Brzezinski, der mehrere US-Präsidenten in Sicherheitsfragen beraten hat, erfährt, dass Putin sogar mehrmals eine Nato-Mitgliedschaft Russlands anbot. Der Westen zeigte ihm die kalte Schulter. Russland fühlte sich herabgesetzt.

Seit einigen Jahren drängt nun auch die Ukraine in EU und Nato. Da verlor Putin, wie der britische Geopolitik-Publizist Jonathan Steele im «Guardian» notiert, «Geduld und Beherrschung». Im Winter 2021 unternahm Pu-

tin einen letzten Versuch und verlangte von der Nato den Verzicht auf ein US-Protektorat Ukraine. Erfolglos. Seither behauptet Putin, die Ukraine sei keine eigenständige Nation.

Hier findet sich die Spur, um die Eskalation der Konfrontation zu vermeiden. Russland braucht Sicherheitsgarantien. Aber wer nimmt die Spur auf? Vielleicht kann es die neue, aufstrebende Grossmacht China richten. Chinas Aussenminister Wang Yi soll zugesagt haben, im Ukraine-Krieg zu vermitteln.

**Sa., 5. März, 11 Uhr**

## Nationale Solidaritäts-Kundgebung in Zürich!

**Alle Infos auf [www.unia.ch](http://www.unia.ch)**



DA WAR SEINE WELT NOCH IN ORDNUNG: Pierin Vincenz am 11. September 2011 auf dem als «Roter Platz» bekannten Raiffeisenplatz in St. Gallen. Die Möblierung hat die gebürtige St. Galler Künstlerin Pipilotti Rist entworfen. FOTO: KEYSTONE

# Ex-Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz: Wirtschaftsprozess des Jahrzehnts Abrechnung im heimischen Banker-Milieu

Beim Prozess um Ex-Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz geht es um heimliche Geschäftli und grosse Spesen. Der Elefant im Raum ist aber das Bankgeheimnis.

CLEMENS STUDER

Im Theatersaal des Zürcher Volkshauses geht es dieser Wochen immer wieder hoch zu und her. Doch der Andrang der Zuschauenden gilt nicht Ballett-Aufführungen (u.a. «Schwanensee»), sondern dem «Wirtschaftsprozess des Jahrzehnts». Wenn der Theatersaal mit kulturellen Aktivitäten belegt ist, muss die Justiz ihn räumen und zügeln. Zum Beispiel in den Lenin-Saal.

Dort vor Gericht steht dann der ehemalige Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz und Mitangeklagte. Vincenz soll 6 Jahre ins Gefängnis. Chef der Anklage ist ein Staatsanwalt mit dem flamboyanten Namen Marc Jean-Richard-dit-Bressel. Er gibt alles. Denn auch für ihn geht es um viel: Bei den Verfahren gegen Spekulant und Blocher-Geschäftspartner Martin Ebner sah Jean-Richard-dit-Bressel 2003 ebenso alt aus wie 2005 bei jenem gegen SVP-Banker Thomas Matter.

Jetzt im Prozess Vincenz geht es wesentlich um Deals und Mauseheien, die der Raiffeisen-Bank geschadet haben sollen. Und um Spesen in Striplokalen, die nicht «geschäftlich begründet» gewesen sein sollen. Plus um ein im Beziehungsstreit zerlegtes Hotelzimmer, das auf Raiffeisen-Kosten wiederhergerichtet wurde. Ersteres ist vertrackt und letzteres verflucht. Wer sich über beides unaufgeregt und trotzdem detailreich informieren will, ist mit dem Prozess-Ticker der NZZ bestens bedient ([rebrand.ly/nzzticker](http://rebrand.ly/nzzticker)). Die Zeitung des Schweizer Kapitals weiss, was ihre Klientel mag. Seriös und trotzdem süttig genug.

## DAS DRAMA

Pierin Vincenz kommt 1956 als Sohn eines späteren CVP-Politikers in Chur zur Welt (siehe Box). Besuchte dort die Primarschule und später das Internat im Kloster Disentis. Wo er bei den Kollegen für gute Stimmung sorgte – und bei den Patres für besorgte Gesichter. Seine Matura machte er schliesslich an der Kanti Chur. Das Juststudium brach er rasch wieder ab. Besser ging's an der HSG in St. Gallen. Nach seinem Dokto-

## Pierin Vincenz' grösster Fehler: Er kritisierte das Bankgeheimnis.

rat in Betriebswirtschaft wechselte Vincenz 1990 zum Schweizerischen Bankverein und in die USA. Später von der Bank als Finanzchef zu einem grossen Storenhersteller. Wenig glamourös und vor allem weit weg von seiner Frau und den neugeborenen Zwillingen in der Schweiz.

Vincenz will zurück. Er heuert 1996 bei der Raiffeisen-Zentrale als Finanzchef an. Drei Jahre später wird er CEO, was damals noch Vorsitzender der Geschäftsleitung heisst. Seine Frau stirbt überraschend an einer Hirnblutung. Vincenz kümmert sich um seine damals siebenjährigen Töchter. Dabei kommt ihm die Raiffeisen mit einem familienverträglichen Arbeitsmodell entgegen. Damals war das noch seltener als heute. Vincenz lernt und fördert in den kommenden Jahren stets Raiffeisen-Kinderkrippen und Teilzeitmodelle.

## SCHUB GEBEN

Beruflich gibt Vincenz jetzt Gas. Oder «Schub», wie er sagt. Er zimmert innert weniger Jahre aus dem Verbund von Hunderten Einzelbanken im Land eine Bankengruppe. Aus den «Bauernbänkli» wird die drittgrösste Schweizer Bank hinter UBS und CS. Eigentlich eine formale Unmöglichkeit, weil Raiffeisen Schweiz als Dienstleisterin für die Genossenschaften vor Ort gedacht war und entsprechend konstruiert.

Vincenz reist Woche für Woche bis drei Mal quer durchs Land und reisst die lokalen Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler mit. Er wird zum König der Mehrzweckhallen, erringt die Lufthoheit über die Stehtischchen von Arbon bis Zäziwil. Und er erobert die Städte mit Filialen, die direkt aus der Zentrale geführt werden.

Irgendwann geht es nicht mehr um den Ackerkauf im Entlebuch oder das Einfamilienhaus in Ennenda. Vincenz ist ein Deal-Maker. Kauft andere Banken. Finanziert grosse Firmenübernahmen. Die Bilanzsumme steigt, der Gewinn auch. Die Raiffeisen-Gruppe wird «systemrelevant» – das heisst, sie ist für die Schweiz so wichtig, dass sie in einer Krise von den Steuerzahlenden und der Nationalbank gerettet werden müsste. Genauso wie die UBS und die CS.

Vincenz hätte sich vorstellen können, Showstar zu werden oder Profisportler. So erzählen es Schulkameraden. Unterdessen ist er immerhin auf allen Kanälen präsent. In der Wirtschaftspresse genauso wie in den bunten Heftchen. Zu gut sind seine Geschichten. Und zu gut sind seine Zahlen. Ganz im Unterschied zu den Paradeplatz-Banken. Die verzocken sich, die produzieren Skandale am Laufmeter, die werden verurteilt, die müssen zugeben, kriminell gehandelt zu haben, die müssen Milliardenbussen bezahlen. Und vergolden ihre Manager trotzdem weiterhin in unver-schämtem Ausmass. Vincenz ist das Gegenmodell. Und er inszenierte sich noch so gerne als dieses.

Dabei ist auch er kein Kind von Traurigkeit. Die Autoflotte der Raiffeisen-Zentrale wird edler. Vincenz lässt sich chauffieren. Wenn auch nicht vor die Mehrzweckhallen-Türen im Land. Er geht die letzten Meter jeweils zu Fuss – das kommt besser an. Und Vincenz lässt sich mit dem Heli zur Arbeit fliegen.

## ABGESCHOSSEN

Die von Vincenz verspotteten Eliten der Finanzindustrie sannen schon lange auf Rache. Den geschäftlichen Erfolg hätten sie dem «Bauern-Banker» wohl noch verziehen. Vielleicht sogar den Spott. Den Heli und die Spesen sowieso. Doch dann machte Vincenz seinen wohl grössten Fehler: Er kritisierte das Bankgeheimnis.

Er plädiert für den automatischen Informationsaustausch (AIA). Das Bankgeheimnis zum Schutz der Steuerhinterziehung sei nicht zu halten, sagte er 2012 öffentlich und: «Auch im Inland hat das Bankgeheimnis, wie wir es bis heute kennen, keine Zukunft mehr.» Das stimmte und stimmt. Und das tat weh.

Vincenz hätte gewarnt sein müssen. Mit Verrätern geht das Kapital in diesem Land nicht zimperlich um. Wer die Gnome angreift, wird von den Gnomen abgeschossen. Da spielt auch das sonst heilige Bankgeheimnis keine Rolle mehr. Das musste schon Philipp Hildebrand erleben. Der hatte sich als Nationalbankpräsident mit den Grossbanken angelegt. Und wurde von der SVP deswegen angegriffen. Lange erfolglos. Bis ein Bank-Informatiker einem SVP-Politiker Kontounterlagen von Hildebrand weitergab. Jener reichte sie an Christoph Blocher weiter, und der liess sie in der «Weltwoche» publizieren. Das war in den Jahren 2011 und 2012.

An Hildebrand blieb juristisch nichts hängen. Bei Vincenz landeten Bankunterlagen nicht bei der «Weltwoche», sondern beim Blog «Insideparadeplatz», wo SVP-Bankenprofessor Hans Geiger Dauergast ist.

Was an Vincenz juristisch allenfalls hängenbleibt, wird der Prozess zeigen. Und die Revisionsinstanzen. Nächste Woche geht's weiter im Volkshaus. Im Theatersaal. Der Lenin-Saal bleibt frei.

## Vater Vincenz: Mächtig und skandalerprobt

Der Apfel fällt des öftern nicht weit vom Stamm, das war auch bei Pierin Vincenz so. Sein Vater Gion Clau Vincenz war einst Leiter der bündnerischen Zentralstelle für Milchwirtschaft. 1960 wird er Vol-Geschäftsleiter. Ab 1961 Bündner Bauernpräsident. Ab 1963 CVP-Kantonsrat. Ab 1968 Ständerat.

**ABKASSIERT.** Vater Vincenz war wirkmächtig von Chur bis nach Bern. Doch dazwischen gab es einen Skandal. Es ging um den Kauf einer Weinhandlung durch Volg, bei der Vincenz senior eine Provision von 500 000 Franken kassiert hatte. Der Verkäufer fühlte sich über den Tisch gezogen. Er schwärzte Vincenz bei der Bundesversammlung an und liess im Kanton Zehntausende Flugblätter verteilen. Vater Vincenz wurde trotzdem wieder in den Ständerat gewählt und zahlte 300 000 Franken der Provision zurück. Strafrechtlich blieb nichts an ihm hängen. Ein paar Monate später trat er 1979 dann doch noch zurück. Wegen einer Steuersache. 1984 wird Vincenz senior Verwaltungsratspräsident der Raiffeisen Schweiz, die damals noch «Schweizer Verband der Raiffeisenkassen» hiess. 2014 stirbt er. (cs)



**Solidarität: Eric Voruz\* (76) unterstützt als Mann und Rentner die Anträge der Frauen:**  
**«Jung und alt müssen zusammenhalten»**



**work:** Eric Voruz, du hast an diesem Kongress mehrere Anträge der IG Frauen wortgewaltig unterstützt. Warum? Weil es wichtig ist! Jung und alt müssen zusammenhalten. Die Rechten wollen uns dauernd auseinanderdividieren. Sie sagen: «Seht nur, den Alten geht's bestens, und die sind gerade dran, eure Renten wegzufressen. Für euch wird nichts mehr reichen.» Das ist ein fieses Spiel, und da müssen wir offensiv dagegenhalten.

**Es gibt aber auch viele Pensionierte, die denken, sie hätten dies oder das früher nicht bekommen, oder? Jetzt die Jungen ebenfalls nicht bekommen, oder?** Klar, hatten wir früher auch das Denken der Rechten. Klar, hatten wir weiterhin tun. Das ist ein falsches Denken und zudem das Denken der Rechten. Und das müssen wir weiterhin tun. Das ist ein falsches Denken und zudem das Denken der Rechten. Und das müssen wir weiterhin tun.

**Die Rechten sagen uns auch, es gebe ja die Grosseltern, der Staat solle sich also nicht in die Kinderbetreuung einmischen. Was sagst du dazu?** Es ist zwar wahr, dass die Grosseltern die grösste Kinderkrippe im Land sind. Aber sie können auch nicht alles machen. Wir können helfen, aber nicht die Eltern ersetzen. Darum braucht es einen guten Elternurlaub, mehr Krippenplätze usw.

**Hand aufs Herz, bist du deshalb so engagiert für die Sache der Frau, weil du sonst Ärger daheim bekommst?** Überhaupt nicht, meine Frau ist weniger militant als ich. Deshalb habe ich mal den Fehler gemacht, ihr zu sagen: «So kannst du doch nicht abstimmen! Ujuiui, das kam gar nicht gut an. Seither darf ich oft nicht mal mehr sehen, wie sie stimmt... (lacht). (mj)k

\* Eric Voruz begann bei der Post, dann wurde er Sekretär der Metallgewerkschaft Smuv und dann der Unia, SP-Grossrat in der Waadt, Stadtpräsident von Morges und schliesslich, von 2007 bis 2015, Nationalrat. Er lebt in Morges.

**Arbeitszeitverkürzung: Doris Schmidhalter-Näfen\* (63) wurde vom Kongress überstimmt:**  
**«Kein mutiges Zeichen»**



**work:** Doris Schmidhalter, die Walliser Delegierten und du als ihre Präsidentin votierten für ein Initiativprojekt zum Thema «Arbeitszeitverkürzung». Doch der Kongress entschied anders. Enttäuscht? Doris Schmidhalter: Ja klar! Der Kongress hat es verpasst, da ein mutiges Zeichen zu setzen. Wir waren ja für das Thema, weil wir überzeugt sind, dass es die grösseren Chancen beim Wir hätten im Abstimmungskampf gut damit mobilisieren können. Und es ist zudem ein ureigenes Gewerkschaftsthema. Erst noch ein zukunftsgerichtetes, breites: Andere mit der Arbeitszeit: eine gerechtere Aufteilung der bezahlten Arbeit und der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern zum Beispiel, aber auch der in den Gewerkschaftsbund einbringen wird.

**War der Entscheid pro Arbeitszeitverkürzung bei euch umstritten?** Nein, wir waren uns da ziemlich einig. Auch darüber, dass wir selbst dann Verbesserungen erreichen könnten, wenn wir die Initiative nicht gewinnen würden. So wie das auch bei der Mindestlohninitiative der Fall war. Wir haben sie verloren, aber viele Firmen setzten ihre Mindestlöhne trotzdem herauf.

**Wie erklärst du dir, dass sich die Mehrheit fürs Thema «Kündigungsschutz» entschieden hat?** Es geht den Delegierten nahe. Und es ist ja auch ein wichtiges Thema. Unter den Delegierten gibt es viele Vertrauensleute, die Nachfolgerinnen und Nachfolger in ihren Betrieben suchen und merken müssen, wie schwierig das ist. Weil der Kündigungsschutz für Vertrauensleute und Leute in den Betriebskommissionen in der Schweiz einfach schlecht ist. Mit einem besseren Kündigungsschutz wäre es sicher leichter, Leute zu finden. Aber seien wir ehrlich: will ein Chef jemanden los werden, findet er immer eine Möglichkeit. (mj)k

\* Doris Schmidhalter-Näfen ist Lehrerin, Gewerkschafterin und SP-Grossrätin im Oberwallis. Sie lebt in Ried-Brig.

**Kündigungsschutz: Elisabeth Kuhn\* (37) hat im Namen der IG Frauen für einen längeren Kündigungsschutz für Mütter gekämpft – und gewonnen.**  
**«Jetzt geht's vorwärts»**



**work:** Elisabeth Kuhn, Gratulation! Dank euch steht im Positionspapier «Starke Arbeitnehmendenrechte» nun explizit ein längerer Kündigungsschutz für Mütter. Elisabeth Kuhn: Danke! Ich bin sehr zufrieden, dass es beim Kündigungsschutz jetzt vorwärtsgeht. Dass Frauen in der Schweiz nach der Geburt gerade einmal 16 Wochen Kündigungsschutz haben, ist ein schwerer Missetzung. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Unia für eine Erweiterung des Kündigungsschutzes auf sechs Monate nach dem Mutterschaftsurlaub einsetzt. Die sechs Monate geben den Frauen die Chance, sich in der neuen Situation mit Job und Kind zu rechtzufinden, eine gute Lösung für die Kinderbetreuung zu finden und sich am Arbeitsplatz wieder zu etablieren. Ich hoffe auch, dass sechs Monate die Hemmschwelle der Arbeitgeber erhöhen, Müttern zu kündigen.

**Ukraine-Resolution: Nadine Swan\* (31) von der IG Jugend zu den Änderungen**  
**«Nie mehr Krieg!»**



**work:** Nadine Swan, die IG Jugend hat beim Resolutionsentwurf zum Ukraine-Krieg wesentliche Änderungen beantragt. Warum? Nadine Swan: Uns war der vorliegende Entwurf nicht differenziert genug für die komplexe Lage.

**Konkret?** Der Krieg in der Ukraine ist die Folge eines langjährigen geopolitischen Konflikts zwischen der Nato und der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dem trug der Originalantrag zu wenig Rechnung. Ohne Erwähnung des geschichtlichen Umfeldes und der unterschiedlichen Akteure wird keine Resolution der aktuellen Lage gerecht. Das ändert sich an der klaren Verurteilung des Angriffes der russischen Oligarchie auf die Ukraine nichts. Im Gegenteil, es macht sie glaubwürdiger: «Nie mehr Krieg!»

**Die IG Jugend wehrte sich auch gegen die Forderung nach Übernahme der EU-Sanktionen. Im Unterschied zu den anderen beantragten Punkten wollte die Mehrheit des Kongresses davon nichts wissen.** Wir haben nichts gegen Sanktionen, die sich gegen die Oligarchen aus Putins korruptem Machtzirkel richten. Insbesondere ihre Vermögen, die zu einem grossen Teil in der Schweiz liegen, müssen eingefroren werden. Differenzierter sieht es mit Sanktionen aus, die in erster Linie die russische Zivilbevölkerung treffen. Es ist eine Binsenweisheit, dass die Opfer eines Krieges die Arbeitenden auf beiden Seiten sind. Ihnen, unseren Kolleginnen und Kollegen, gilt unsere Solidarität. Ihre Interessen müssen immer im Vordergrund stehen. Auch bei Sanktionsentscheidungen. Unter vielen von der EU beschlossenen Sanktionen leidet aber in erster Linie die arbeitende Bevölkerung Russlands – und nicht die korrupte Oberschicht. Darum sind wir bei allgemeinen Sanktionsforderungen skeptisch.

**Der Entwurf der Resolution lag erst am Kongressmorgen vor. Wie hat die IG Jugend ihre Intervention vorbereitet?** Es waren hektische Stunden. Wir mussten schnell reagieren und uns eine Meinung bilden. Einerseits lief das über unseren Kongress-Chat. Andererseits war es von Vorteil, dass wir wieder einmal einen Kongress mit physischer Präsenz hatten und wir uns am Delegierten-Tisch besprechen konnten. So lief auch der direkte Austausch mit anderen Delegierten einfacher. Wir hatten nicht viel Zeit und eine sich ständig entwickelnde Lage. Aber das ging denjenigen, die den Originalantrag verfassten, ja auch nicht anders. (cs)

\* Nadine Swan ist Informatikerin und arbeitet in der Arbeitsintegration. Sie wohnt in Bern.



# Der Unia-Kongress tagte im Kongresshaus in Biel Höchste Zeit für mehr Kündigungsschutz!

**Der dritte Tag des Unia-Kongresses konnte jetzt, nach zwei coronabedingten digitalen Tagen im letzten Jahr, wieder analog stattfinden. Im Zentrum stand ein neues Initiativ-Projekt.**

**CLEMENS STUDER**  
 Die Schweiz hat eines der laschesten Arbeitsgesetze der zivilisierten Welt. Arbeitgeberverbände und rechte Parteien nennen das «liberal». Und die Handelskammer Deutschland-Schweiz lobt auf ihrer Homepage ebenso dezent wie deutlich, dass «der (schweizerische) Grundsatz der Kündigungsfreiheit aus Arbeitgeberperspektive vorteilhaft ist». Im Arbeitsalltag bedeutet das beim Kündigungsschutz kon-

**Die Unia wird sich im SGB für eine Initiative einsetzen, die den Kündigungsschutz für alle verbessert.**

cret: die Arbeitnehmenden sind kaum geschützt. Und selbst wenn ein Gericht eine Kündigung als missbräuchlich bezeichnet, besteht kein Anspruch auf Wiedereinstellung. Und die finanziellen Entschädigungen sind bescheiden. Während für Schwangere zumindest ein minimaler Schutz gilt, sind ältere Arbeitnehmende und gewerkschaftlich engagierte Mitarbeitende den Launen der Arbeitgeber faktisch schutzlos ausgeliefert. Das wollen die Unia-Delegierten jetzt ändern. Und das kam so: Die Unia-Gremien erarbeiteten vier Positionspapiere, die ebenfalls

an diesem 3. Kongresstag behandelt wurden. Es geht um die Themen «Sozialer Ausgleich und soziale Sicherheit», «Mehr Schutz und gleiche Rechte», «Gute Arbeit für ein besseres Leben», «Eine andere Wirtschaft ist möglich und nötig». Und dann, so erklärte es Hans Hartmann vom Unia-Präsidialstab: «Was können wir tun, damit die wichtige Diskussion um Positionen nicht nur auf dem Papier stattfindet, sondern die politische Orientierung der Unia praktisch beeinflusst?»

Das Resultat dieser Überlegungen waren vier thematische Initiativideen auf der Grundlage der Positionspapiere. Konkret:

- ein Ausbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes,
- die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit,
- sozial gerechte Finanzierung des ökosozialen Umbaus,
- ein Recht auf Arbeit beziehungsweise eine öffentliche «Job-Garantie».

**AUS 4 MACH 1**  
 Weil es ressourcenmässig nicht zu stemmen wäre, einen ganzen Initiativ-Strauss zu lancieren, war es nun an den Kongress-Delegierten zu entscheiden, in welchem Bereich eine konkrete Initiative ausgearbeitet werden soll. Die Region Tessin stellte den Antrag, zwei Themenbereiche zu weiteren Bearbeitungen zu bestimmen, was die Mehrheit jedoch ablehnte. In der folgenden Diskussion erhielten vor allem die Themen «Arbeitszeitverkürzung» und «Kündigungsschutz» Unterstützung. Für letzteren kamen hauptsächlich aus der Westschweiz starke Plädoyers. In der folgenden Abstimmungskaskade standen sich zum Schluss die Arbeitszeitverkürzung und der Kündigungsschutz gegenüber. Mit 104 zu 96 Stimmen entschieden sich die Delegierten für das Kündigungsschutz-Projekt.

Nach dem Entscheid des Unia-Kongresses geht es jetzt ans konkrete Initiativ-Hand-

werk. Die Unia wird sich im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) in den nächsten Jahren für eine Initiative einsetzen, die den Kündigungsschutz in der Schweiz für alle verbessert. Denn: Ob Lohndumping, fehlende Sicherheit oder Lohnungleichheit: Arbeitnehmende sollen sich bei Problemen an die Gewerkschaft wenden können, ohne Angst haben zu müssen, die Stelle zu verlieren. Besonderen Schutz brauchen neben Per-

**UNIA-KONGRESS**  
 Die Resolutionen, Videos und Bilder zum Kongresstag 2022 finden Sie hier: [rebrand.ly/kongress-2022](http://rebrand.ly/kongress-2022)

sonalvertreterinnen und -vertretern auch Arbeitnehmende, die leicht aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden können, etwa Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub, ältere Arbeitnehmende oder Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus.

**RESOLUTIONEN**  
 Der Kongress verabschiedete zum Schluss sieben Resolutionen mit den Titeln: «Wirksamer Kündigungsschutz»; «Gesundheit ist zentral für die Würde der Arbeitnehmenden»; «Öffentliche Finanzen und Leistungen sichern, Arbeitsplätze schaffen»; «Gesundheitskosten: Haushaltsbudgets in Gefahr»; «Die Arbeitnehmenden nehmen an den GAV-Verhandlungen teil und gehören systematisch unseren Verhandlungsdelegationen an»; «Unser Kampf stärkt unsere GAV – unsere GAV verbessern unsere Arbeitsbedingungen» und die Ukraine-Resolution unter dem Titel «Nie wieder Krieg». Die Ukraine-Resolution gab Anlass zu engagierter Diskussion (siehe Kurzinterview links).

FOTOS: ISTOCK/KEVSTONE/LUCAS DUBUIS/THERRY PORCHET/ZNK





**PROTEST GEGEN GLENCORE-TOCHTER VOLCAN:**  
Minenarbeiter in Huancayo, Hauptstadt der Bergbau-  
region Junín. FOTO: ZVG

## Perus Mineure streiken – schon seit 8 Wochen: Und schon wieder Glencore!

**In Peru streiken Minenarbeiter gegen ein übles Lohndrückersystem. Das heisst: gegen den Schweizer Rohstoffmulti Glencore. Es ist ein exemplarischer Kampf.**

RALPH HUG

Es ist kalt auf 4500 Metern über Meer. Und gleichzeitig höllisch heiss für die Mineure: 700 Meter unter der Erde chrampfen sie bei 43 Grad Hitze und ohrenbetäubendem Lärm. In der peruanischen Mine Andaychagua im zentralen Hochland der Anden holen sie Metalle aus dem Berg – Silber, Zink, Kupfer, Kobalt. Ohne diese gäbe es keine Handys, keine Digitalisierung und keine Energiewende. Doch jetzt stottert die Produktion. Seit dem 21. Dezember sind die Mineure im Streik. Sie führen einen erbitter-

ten Kampf gegen den Minenkonzern Volcan – und der gehört zum Schweizer Rohstoffriesen Glencore.

Glencore hat 2017 die Aktienmehrheit bei Volcan übernommen. Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern chrampfen in Peru für Volcan. Zu Löhnen, von denen sie kaum leben können. Doch seit 2015 sind die Saläre noch mehr unter Druck. Damals trat ein Gesetz in Kraft, das den Minenkonzernen den massenhaften Einsatz von «Terceeros» erlaubt. So werden in Südamerika die Leiharbeiter genannt. Im Gegensatz zu den Festangestellten werden diese noch weit mieser bezahlt (siehe Interview rechts). Als Temporäre haben sie kaum Schutz. Vor allem keinen durch Gewerkschaften. Volcan preist denn auch ihre Mine in Andaychagua als «kostengünstigste» im ganzen Land an.

### TINOCOS LIST

Die Zeche zahlen die Bergarbeiter. Das muss aufhören, sagte sich Alex Tinoco (43). Der Generalsekretär der örtlichen Minengewerkschaft ist selbst ein Mineur, er kennt die Stollen von innen, und er hat die Nase voll. Seit Weihnachten 2021 führt er nun einen Streik der Bergarbeiter an, weil Volcan Vertragsverhandlungen verweigert. Gewerkschafter Tinoco und seine Kumpel fordern, dass Volcan (bzw. Glencore) ihre Rechte respektiert. Im Dezember zogen sie in einem Protestzug in Perus Hauptstadt Lima und stellten sich mit Plakaten auch vor die Schweizer Botschaft: «Schluss mit dem Missbrauch in den Minen!» war auf den Tafeln zu lesen.

Tinoco wollte aber nicht nur protestieren, sondern auch handeln. Kurzerhand änderte der Gewerkschaftsführer die Statuten seiner Gewerkschaft: Neu können jetzt auch Leiharbeiter Mitglied werden. Das war bisher nicht der Fall. Die Minenchefs reagierten prompt und aggressiv. Bisher sind die Leiharbeiter nämlich kaum organisiert. Ändert sich das nun, so würde die Gewerkschaft zu einer echten Bedrohung für die Kon-

zernprofite. Denn im Departement Junín, wo die Silber- und Zinkmine von Andaychagua liegt, sind nur 400 Arbeiter fest angestellt. Hingegen arbeiten 1100 Búezers in Subfirmen – und das selbst dann noch, wenn sie seit Jahren in derselben Mine arbeiten.

Es erstaunt deshalb nicht, dass Minenbetreiberin Volcan alle Bemühungen sabotiert, die Organisationsmacht der Arbeiter zu vergrössern. Das Unternehmen focht Tinocos Statutenänderung als widerrechtlich an, unterlag aber bei der regionalen Arbeitsbehörde. Seither ignoriert Volcan den Entscheid und reagiert mit Repressalien. Beispielsweise wurden Leistungen gekürzt, die im Gesamtarbeitsvertrag festgelegt sind. Das berichtet Yvonne Zimmermann vom Schweizer Hilfswerk Solifonds. Sie

### SOLIFONDS HILFT

Das Schweizer Hilfswerk Solifonds unterstützt den Kampf der peruanischen Mineure. Da sie während des Streiks keinen Lohn erhalten, sind sie auf Unterstützung angewiesen: Solifonds, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich, PC 80-7761-7. Mehr Infos: [solifonds.ch](http://solifonds.ch)

sagt: «Volcan weigert sich bis heute, mit der Gewerkschaft zu verhandeln.» Solifonds unterstützt den Streik der peruanischen Minenarbeiter (siehe Box). Da Volcan auch begonnen hat, Streikende zu entlassen, spitzt sich der Arbeitskampf dramatisch zu.

Glencore steht nicht zum ersten Mal wegen Missachtung von Arbeitnehmerrechten am Pranger. Bereits

im Kampf um die Konzernverantwortungsinitiative stand der Schweizer Rohstoffkonzern wegen notorisch gewerkschaftsfeindlicher Praktiken im Rampenlicht. Peru bietet für solche Machenschaften ein ideales Umfeld. Denn die peruanische Regierung tut alles, um sich als globale Lieferant wichtiger Rohstoffe zu positionieren. Wirtschaftsinteressen haben Vorrang und Gewerkschaften einen schweren Stand.

### GEWALT GEGEN STREIKENDE

Im Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbundes glänzt Peru als Land mit einer langen Liste von systematischen Verletzungen von Menschenrechten und Übergriffen von Polizei und Militär gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter.

Nicht selten wandern Gewerkschaftsführer ohne Haftbefehl hinter Gitter, letztmals bei einem Streik vor drei Jahren. Zwar hat das oberste Gericht Perus die Minengesellschaften verpflichtet, den Tagelöhnern Arbeitsverträge zu geben. Doch diese foutieren sich darum.

Im letzten Sommer hat das Land neu gewählt: Die Präsidentschaftswahlen 2021 gewann überraschend der ausgebildete Lehrer und Gewerkschaftsführer Pedro Castillo Terrones mit einer knappen Mehrheit der Stimmen. Castillo kommt aus dem ländlichen Norden des Landes und versteht sich mit seiner linksgerichteten Partei «Perú Libre» als Anwalt der vernachlässigten und verarmten Bevölkerung. Ob sich die Situation nun bald auch für die Mineure von Andaychagua ändert? Solifonds-Experten Zimmermann ist skeptisch: «Das rechtsstehende Parlament blockiert Reformen, wo es geht.»

## Streikführer Alex Tinoco fordert: «Wir wollen mit Volcan verhandeln»

**Streikführer Alex Tinoco (43) ist Minenarbeiter in der peruanischen Metallfördermine Andaychagua. Er ist aber auch Gewerkschafter und seit acht Wochen der Anführer beim dortigen Bergarbeiterstreik.**

RALPH HUG

**work: Alex Tinoco, wie sind die Arbeitsbedingungen in der Mine von Andaychagua?**

**Alex Tinoco:** Sie sind äusserst prekär, sowohl für die direkt von der Minenbetreiberin Volcan angestellten Arbeiter als auch für jene von Subunternehmen. Alle arbeiten im 14x7-System, das heisst



**Gewerkschafter**

**Alex Tinoco.** FOTO: ZVG

14 Tage Arbeit und 7 Tage frei. Pro Tag gibt's eine 45minütige Essenspause. Weil wir so hart arbeiten, bräuchten wir Mineure eigentlich hochwertige Lebensmittel. Doch wir erhalten nur vorgekochtes Essen. Mehrere Arbeiter haben deshalb Magenbeschwerden. Zwar hat Volcan eine Ernährungsberaterin angestellt, aber in der Praxis spüren wir ihre Arbeit nicht.

### Wie und wo wohnen Sie?

Im Minenlager. Für Direktangestellte gibt es kleine Einzelwohnungen. Die Kollegen von Subunternehmen müssen sich bis zu sechst eine solche Wohnung teilen. Wer reklamiert, wird von den Chefs schikaniert. Insbesondere Gewerkschafter. Nur ein Beispiel: Die gefährlichsten Arbeiten mit Sprengstoffen müssen Leiharbeiter in den Tunnels in 900 Metern Tiefe bei schlechter Belüftung verrichten. Ihre Verträge müssen alle drei bis vier Monate erneuert werden. Wer einer Gewerkschaft beitreten will, läuft Gefahr, den Vertrag zu verlieren.

### Und wie steht's mit den Löhnen?

Ein Direktbeschäftigter bekommt 120 Soles (Fr. 29.50) pro Tag, ein ausgelagerter Leiharbeiter 45 Soles (Fr. 10.90). Da ist also eine grosse Differenz. Ausserdem herrscht Willkür. Wir kennen keine Lohntabelle. Es ist schon vorgekommen, dass einige Arbeiter, die den Chefs nahe stehen, mehr Lohn erhalten haben.

### Hat sich Volcan im Zuge Ihres Streiks bewegt?

Das Unternehmen weigert sich weiterhin, mit uns zu verhandeln. Sie wollten das von Anfang an nicht, und genau aus diesem Grund streiken wir auf unbestimmte Zeit. Wir wollen endlich Verhandlungen! Während des Streiks lud uns die Arbeitsbehörde zu mehr als 30 Sitzungen ein, um zu schlichten. Doch Volcan blieb hart. Jetzt hat die Arbeitsbehörde beschlossen, von einer Ausnahmebefugnis für bestimmte Streiks Gebrauch zu machen. Sie hat per Schiedsspruch den Konflikt für beendet erklärt und Volcan zu Verhandlungen verpflichtet. Doch Volcan hat erklärt, man wolle den Entscheid vor Gericht anfechten.

### Was unternimmt die sozialistische Regierung von Präsident Pedro Castillo für die Andaychagua-Búezers?

Präsident Castillo selbst kann in einem solchen Konflikt nicht eingreifen. Die Stellen, die intervenieren können, sind das Arbeitsministerium und die Regionalregierung. Wir haben einige Mitglieder des Kongresses um Unterstützung gebeten. Sie stimmen uns voll und ganz zu. Am meisten hatten wir mit Efraín Cerron zu kämpfen, einem Beamten der Regionalregierung. Er ist uns gegenüber un-nachgiebig.



Das offene Ohr

David Aebly von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

### Sonntagsarbeit: Bekomme ich einen Ersatzruhetag?

Ich habe einen Bürojob und arbeite von Montag bis Freitag. Aufgrund einer Ausnahmesituation in unserer Firma musste ich letzte Woche aber auch am Sonntag ins Büro. Da das sonst nie vorkommt, war das für mich so in Ordnung. Ich habe für diesen Sonntag auch einen Lohnzuschlag von 50 Prozent erhalten. Trotzdem fehlt mir nun die Erholungszeit für jenen Tag. Kann ich die fehlende Ruhezeit nachholen?

DAVID AEBLY: Ja. Sonntagsarbeit ist bei Bürojobs wie in Ihrem Fall grundsätzlich verboten. Vorübergehende Sonntagsarbeit ist nur in dringenden Fällen erlaubt, und der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin muss dies von der zuständigen Behörde bewilligen lassen. Neben



RECHT AUF RUHE: Wer ausnahmsweise am Sonntag arbeiten muss, hat Anspruch auf Erholungszeit. FOTO: ADOBE STOCK

der zusätzlichen Entschädigung von 50 Prozent haben Sie, gestützt auf das Arbeitsgesetz (Art. 20 Abs. 2 ArG), Anspruch auf Erholung in folgendem Umfang: Haben Sie an jenem Sonntag bis zu fünf Stunden gearbeitet, muss Ihnen Ihre Firma diese Zeit durch Freizeit ausgleichen. Dieser Ausgleich muss innert vier Wochen erfolgen. Haben Sie länger als fünf Stunden gearbeitet, haben Sie Anspruch auf einen Ersatzruhetag. Würde Ihnen dieser nicht bereits in der Woche vor der Sonntagsarbeit gewährt, muss er Ihnen in der nachfolgenden Woche im Anschluss an die tägliche Ruhezeit gewährt werden, und zwar im Umfang von mindestens 24 aufeinanderfolgenden Stunden. Zusammen mit der täglichen Ruhezeit ergibt dies mindestens 35 Stunden und muss die Zeit von 6 bis 20 Uhr umfassen.

### Kinderbetreuung: Kann ich eine längere Mittagspause machen?

Ich habe seit kurzem eine neue Stelle. Die tägliche Arbeitszeit dauert acht Stunden. Leider beträgt die Mittagspause bei uns im Betrieb lediglich 30 Minuten. Bei meiner alten Stelle hatte ich über den Mittag jeweils anderthalb Stunden frei, so dass ich zu Hause mit meiner Frau und unseren beiden elfjährigen Zwillingstöchtern essen konnte. Meine neue Chefin ist aber leider nicht bereit, mir eine längere Mittagspause zuzugestehen. Kann ich mich dagegen wehren?

DAVID AEBLY: Ja. Für Arbeitnehmende mit Familienpflichten hat Artikel 36 des Arbeitsgesetzes bei den Pausen Sonder-schutzvorschriften aufgestellt. Als Familienpflichtigen gilt die Erziehung von Kindern bis 15 Jahre sowie die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen oder von nahestehenden Personen. Bei der Festsetzung der Arbeits- und Ruhezeit hat der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin auf Mitarbeitende mit Familienpflichten besondere Rücksicht zu nehmen. Sie können von Ihrer Chefin deshalb von Gesetzes wegen verlangen, dass sie Ihnen eine Mittagspause von wenigstens anderthalb Stunden gewährt. Für Arbeitnehmende ohne Familienpflichten verlangt das Arbeitsgesetz bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als sieben Stunden bloss eine Pause von mindestens 30 Minuten. Ist die tägliche Arbeitszeit höher als neun Stunden, so muss die Pause mindestens eine ganze Stunde betragen.

Wer nach der Corona-Infektion an Langzeitfolgen leidet, ist doppelt bestraft

# Long Covid – für Kranke ein Spiessrutenlauf

**Erschöpfung, benebeltes Hirn, Kurzatmigkeit: Wird aus einer akuten Infektion eine Krankheit mit chronischem Verlauf, müssen Betroffene oft um Anerkennung kämpfen. Und um Gelder der Versicherung. So wehren Sie sich gegen Verharmloser und Leistungsverweigerinnen.**

MARTIN JAKOB

Long Covid – das ist doch kein Beinbruch! Nein. Long Covid ist anders. Je nach Fall viel schlimmer. Von Long Covid spricht die Wissenschaft bei Erkrankten, die länger als 12 Wochen nach der Infektion Beschwerden haben. Je nach Schätzung ist dies bei 10 bis 20 Prozent der Infizierten der Fall. Nicht alle haben so gravierende Symptome, dass sie im Alltag massiv eingeschränkt sind. Wie gross die Zahl der schwer Betroffenen ist, lässt sich noch nicht seriös beziffern – vor allem, weil bisher keine systematischen Register geführt worden sind.

Für schwer Betroffene am schlimmsten ist, dass sich Long Covid in der medizinischen Diagnose noch nicht zweifelsfrei nachweisen lässt. Unbestritten und dokumentiert sind die Symptome. Zu

### Sind die Beschwerden nach 12 Wochen nicht abgeklungen, spricht man von Long Covid.

den häufigsten zählen die langanhaltende Erschöpfung (auch als «Fatigue» bekannt), Belastungsstörungen, Geruchs- oder Geschmacksstörung, Kurzatmigkeit und Konzentrationsschwäche. Oft kommt es auch zu Muskelschmerzen und Gedächtnisschwächen. All diesen Symptomen ist gemeinsam: Im Gegensatz zum Beinbruch zeigen sie sich kaum oder gar nicht im Röntgenbild. Die Person, die unter ihnen leidet, mag auf den ersten Blick gesund und unverehrt erscheinen. Bis heute gibt es keinen offiziell anerkannten Messwert, mit dem sich Long Covid medizinisch eindeutig identifizieren lässt.

Dieser diagnostische Mangel hat gravierende Konsequenzen für die Kranken. Zum einen für die Anerkennung ihres Leidens –

durch die Gesellschaft, die Fachwelt, die Versicherungen. Zum andern für die Behandlung. Patientinnen und Patienten erhalten die unterschiedlichsten Therapien verschrieben. Die Risiken dieser Behandlungen müssen sie selbst tragen. Denn ihre Wirkung bei Long Covid wird erst nach und nach in Studien systematisch dokumentiert werden. Und auch wenn sich bei einigen Therapien mittlerweile ein mehrheitlich günstiger Einfluss auf gewisse Symptome abzeichnet, fehlt es doch an der Hauptsache: an anerkannten Heilmitteln, die mehr als Symptomlinderung leisten.

Weil weder die Krankheit eindeutig diagnostizierbar ist, noch zweifelsfrei belegte Therapien bekannt sind, haben Verharmloser und Versicherer zurzeit leichtes Spiel dabei, Ansprüche abzuwehren. Umso wichtiger für Betroffene, sich mit abschlägigen Bescheiden nicht gleich abzufinden.

### IN DER SPRECHSTUNDE

Die erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen sind die Hausärzte oder je nach Versicherungsmodell die Arzt- oder Medcall-Zentren. Zwar wächst in der Ärzteschaft das Wissen um die Problematik von Long Covid. Dennoch: Bereiten Sie sich gut auf die Konsultation vor. Informieren Sie sich (siehe work-Tipp). Erstellen Sie eine Liste Ihrer Symptome – das kann auch eine Art Tagebuch sein. Falls Sie sich nicht ernst genommen fühlen, insistieren Sie, wechseln Sie die Ärztin, und/oder melden Sie sich für eine Long-Covid-Sprechstunde an (Adressen auf [www.altea-network.com](http://www.altea-network.com)). Achtung, teils lange Wartezeiten!

### KRANKENVERSICHERUNG

Ärztlich verschriebene Medikamente und Therapien, die im gesetzlichen Leistungskatalog enthalten sind, bezahlt die Grundver-



KEIN SAFT, KEINE KRAFT: Die Symptome bei Long Covid können sehr unterschiedlich sein. Erschöpfungszustände sind aber typisch. FOTO: SHUTTERSTOCK

### WORKTIPP

### TOP-LINKS LONG COVID

[longcovid.ch](http://longcovid.ch). Die Seite der Patient\*innenorganisation Long Covid Schweiz. Aktuelles Long-Covid-Wissen, Verzeichnis der Sprechstundenangebote. Links. Zusätzlich betreiben Aktive des Vereins eine Selbsthilfegruppe auf Facebook. [altea-network.com](http://altea-network.com). Ein interdisziplinäres Team aus den Bereichen Medizin, Therapie, Kommunikation und Recht informiert umfassend über Long Covid, Sprechstunden, Therapieangebote. Mit Betroffenenportraits und Blog. [covid-langzeitfolgen.ch](http://covid-langzeitfolgen.ch). Juristen und Juristinnen zeigen die versicherungsrechtlichen Aspekte der Krankheit auf.

sicherung ohne Murren. Schwieriger wird es bei Kuren und Rehabilitationen aufnehmen. Vielleicht haben Sie eine Zusatzversicherung, deren Leistungsumfang die Reha-Kosten deckt. Lehnt die Kasse eine Kostengutsprache zunächst ab, bestehen Sie auf einer anfechtbaren Verfügung. Gegen diese können Sie Einsprache erheben.

### UNFALL- UND KRANKENTAGGELDVERSICHERUNG

Covid-19 und damit auch die Folgeerscheinungen von Long Covid können als Berufskrankheit gel-

det – für Berufstätige, die in ihrer Arbeit einem klar erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Zurzeit betrifft dies insbesondere Beschäftigte in Spitälern, Heimen oder Labors. Wird die Erkrankung als Berufsunfall eingestuft, sind die Betroffenen kurz- und langfristig finanziell besser abgesichert. Erste Praxisbeispiele zeigen aber: Spitäler und andere Arbeitgeber versuchen offenbar, Long-Covid-Fälle über das Krankentaggeld abzuwickeln, und Unfallversicherer reden sich heraus, indem sie das Ansteckungsrisiko während der Pandemie als allgegenwärtig bezeichnen und nicht als überwiegend beruflich bedingt. Dokumentieren Sie Ihren Fall sorgfältig, beachten Sie gesetzte Fristen (zum Beispiel zur Anfechtung einer Ver-

fügung), und lassen Sie sich im Konfliktfall von der Unia Ihrer Region beraten.

### INVALIDENVERSICHERUNG

Die offizielle Empfehlung der IV ist klar: Spätestens sechs Monate nach Eintreten der Arbeitsunfähigkeit

### Im Konfliktfall mit der Versicherung eine anfechtbare Verfügung verlangen!

sollte man sich bei der IV anmelden. Rentenzahlungen beginnen frühestens nach Ablauf einer einjährigen Wartezeit. Auch hier ist für Long-Covid-Betroffene die Lage schwierig. Zwar hat das Bundesgericht die IV verpflichtet, bei un-

gefestigter Diagnose «in einem strukturierten Beweisverfahren das tatsächliche Leistungsvermögen betroffener Personen offen und einzelfallgerecht zu bewerten». Doch auch hier sind Gutachterinnen und Gutachter zugezogen, deren Urteil ungünstig ausfallen kann. Die kantonale IV-Stelle schickt Ihnen vor dem definitiven Entscheid einen sogenannten Vorbescheid, zu dem Sie innert 30 Tagen Stellung nehmen dürfen. Sofern Sie keine Ergänzungen oder Einwände haben, erlässt die Behörde eine Verfügung, gegen die Sie beim kantonalen Versicherungsgericht innert 30 Tagen Beschwerde einlegen können. Holen Sie sich Rat bei der Unia, wenn Sie mit Vorbescheid und Verfügung nicht einverstanden sind!

### KÜNDIGUNG BEI KRANKHEIT BEFRISTETER SCHUTZ

Können Firmen ihren Mitarbeitenden kündigen, wenn sie lange krank sind? Tatsächlich können sie das: Krankheit schützt nicht vor Kündigung. Allerdings gelten Sperrfristen, deren Mindestdauer von der Anzahl Dienstjahre abhängt:

- Im 1. Dienstjahr beträgt die Sperrfrist 30 Tage.
- im 2. bis 5. Dienstjahr 90 Tage,
- ab dem 6. Dienstjahr 180 Tage.

Die Fristen gelten unabhängig davon, ob jemand vollständig oder teilweise krankheitshalber arbeitsunfähig ist. Voraussetzung für Sperrfristen ist stets ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit bereits abgeschlossener Probezeit.

**Beispiel 1:** Moritz Keller arbeitet in ungekündigter Anstellung und steht im 4. Dienstjahr. Er erkrankt schwer. Seit dem 15. Februar ist er krank geschrieben. Seine Sperrfrist beträgt 90 Tage. Die Kündigung darf frühestens Mitte Mai ausgesprochen werden. Ab dann läuft die ordentliche Kündigungsfrist.

**Beispiel 2:** Hannah Gerber hat Ende Februar die Kündigung auf Ende Mai erhalten. Sie hat zuvor 15 Jahre für die Firma gearbeitet. Im März wird sie krank. Nun verlängert sich ihre Kündigungsfrist um die Dauer ihrer Krankheit, längstens aber um 180 Tage.

Gesamt- oder Einzelarbeitsverträge können angestelltenfreundlichere Bestimmungen enthalten. So enthält der Landesmantelvertrag für das Baugewerbe (LMV) die Bestimmung, dass eine Kündigung nach Ablauf der Probezeit durch die Firma so lange ausgeschlossen bleibt, wie die Krankentaggeldversicherung oder die obligatorische Unfallversicherung Taggeldleistungen erbringen. (jk)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

# Zwei SIM-Karten, nur ein Einschub: Das geht!

Die meisten Handys bieten nur Platz für eine einzige SIM-Karte. Praktisch ist daher die sogenannte eSIM. Damit kann man auf dem Handy zwei Telefonnummern verwenden, auch wenn das Gerät nur einen SIM-Karten-Einschub aufweist. Die eSIM ist keine echte Karte, sondern ist im Handy elektronisch gespeichert. So bleibt der Karteneinschub frei für eine weitere SIM-Karte. Ein Vorteil: Im Ausland kann man eine günstige Prepaidkarte kaufen und dennoch mit der eigenen Nummer weiterhin erreichbar sein. Damit lässt es sich ohne Roamingkosten billig telefonieren. Ein weiterer Vorteil: Will man geschäftlich und privat mit separaten Nummern telefonieren, geht das mit einer eSIM und einer SIM-Karte problemlos.

**GRATIS – AUSSER BEI SALT.** Fast alle Telekomfirmen wie Swisscom, Sunrise UPC, Salt, Digtel, Wingo oder Yallo bieten eSIM an. Der Wechsel der eigenen Telefonnummer von einer SIM-Karte auf eSIM ist normalerweise gratis. Nur bei Salt müssen Kunden rund 60 Franken für den Wechsel berappen. Ein Nachteil: Die eSIM kann man nicht wie eine SIM-Karte zwischen verschiedenen Handys schnell hin und her wechseln. Sie ist fest auf ein Handy programmiert. Wenn man auf ein neues Handy umsteigt, muss man dafür seine Telekomfirma kontaktieren. Sie kann die eSIM auf das neue Gerät kostenlos umschreiben. Informationen zum Wechsel auf eSIM gibt es auf der Website der Telekomfirma, meist nach dem Login in den Kundenbereich. Oder Sie fragen beim Support nach. Die neuen Modelle von Apple, Google Pixel oder Samsung Galaxy sind eSIM-fähig. Geräte von LG und Sony oder die A-Serie von Samsung Galaxy noch nicht. MARC MAIR-NOACK

### Dank zweiter Karte lassen sich Privat und Geschäft besser trennen.



DER SIM-KARTEN-TRICK: Die eine SIM-Karte wird auf dem Handy programmiert. So bleibt der eine Steckplatz für eine zweite Karte frei. FOTO: ISTOCK



SPAREN KOSTET: Gebäudehülle und Energiehaushalt auf möglichst geringe Umweltbelastung auszurichten ist teuer – beim Neubau wie beim Umbau. FOTO: ADOBE STOCK

# Tiefere Nebenkosten, aber höhere Mietzinsen nach energetischer Haussanierung wälzen ihre Öko-Kosten ab

**Eine energetische Sanierung macht die Liegenschaft umweltfreundlicher. Und die Wohnung teurer. Aber was ist erlaubt?**

MARTIN JAKOB

Vorbildlich! Die Besitzerin der Liegenschaft, in der Sie wohnen, will die schon etwas ältere Ölheizung durch eine Luftwärmepumpe ersetzen und gleich noch die Gebäudehülle besser abdichten. Das ist gut für die Umwelt, weil keine lokalen CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr entstehen. Und gut für die Nebenkostenabrechnung, denn bestimmt sinkt nach der Sanierung auch der Energieverbrauch.

Vorbildlich? Mag sein. Leider aber auch eine günstige Gelegenheit für Hausbesitzerinnen und -besitzer, die Ren-

dite zu erhöhen. Eine Studie der Bundesämter für Energie (BFE) und Wohnungswesen (BWO) kam 2015 anhand von zehn Sanierungsobjekten zum Schluss: Energetische Sanierungen bringen Mieterinnen und Mietern per saldo eine Mehrbelastung. Am Beispiel einer Vierzimmerwohnung in einem Block mit 32 Wohnungen: 149 Franken Mieterhöhung für die energetische Sanierung, 55 Franken Minderkosten dank geringerem Energieverbrauch.

«MEHRLEISTUNG». Der Griff in die Geldbeutel der Mieterinnen und Mieter ist sogar legal. Denn nach Gesetz gelten energetische Verbesserungen wie die Verminderung der Energieverluste und der Emissionen sowie der Einsatz erneuerbarer Ener-

# Mietzinsen nach energetischer Haussanierung wälzen ihre Öko-Kosten ab

gien als «Mehrleistungen des Vermieters». Und die berechtigen grundsätzlich zur Anhebung des Mietpreises. Mit einer Einschränkung: Die Erhöhung darf «den angemessenen Satz für Verzinsung, Amortisation und Unterhalt der Investition» nicht überschreiten.

**MINUS FÖRDERBEITRÄGE.** Zwei wichtige Regeln zügel ausserdem die Renditegier der Hauseigentümer: Beziehen sie zur energetischen Sanierung Förderbeiträge – etwa die landesweit angebotene Klimaprämie bei der Umstellung von Öl- oder Gasheizung auf erneuerbare Energie –, müssen diese vom Betrag der Mehrleistungen abgezogen werden. Und wichtig fürs Timing der Erhöhung: Sie darf erst angezeigt werden, wenn die

Arbeiten ausgeführt sind und die Abrechnung vorliegt.

### GENAU HINSCHAUEN.

Was tun Sie nun, falls Ihr Wohnblock energetisch saniert wird? ● Gegen das Vorhaben können Sie nichts unternehmen, solange es zumutbar ist und die Wohnung nicht gekündigt ist. Im übrigen ist der Spielraum der Eigentümer gross, ob und welche Investitionen sie tätigen. ● Falls Sie durch die Bauarbeiten im Gebrauch Ihrer Wohnung eingeschränkt sind, führen Sie über die Störungen Tagebuch und machen Sie Fotos. Je nach Schwere können Sie eine zeitweilige Mietzinssenkung verlangen. ● Die Mietzinserhöhung darf erst nach Abschluss der Arbeiten auf den nächsten Kündi-

gungstermin hin erfolgen. Sie muss Ihnen auf dem amtlichen Formular angezeigt werden. Auf dem Formular muss stehen, ob Förderbeiträge geflossen sind und in welcher Höhe. ● Haben Sie Zweifel, ob der neue Mietzins gerechtfertigt ist, dürfen Sie von der Vermieterin genaue Auskunft über ihre Kalkulation verlangen. Können Sie die Berechnungen nicht nachvollziehen, lohnt sich eine unabhängige Überprüfung – der Mieterinnen- und Mieterverband zum Beispiel bietet diese Dienstleistung an (siehe nebenstehenden Text). ● Die Anfechtung der Erhöhung müssen Sie der Schlichtungsbehörde innert 30 Tagen zustellen. Die für Ihren Wohnort zuständige Behörde finden Sie hier: [rebrand.ly/schlichtungs](http://rebrand.ly/schlichtungs)

### MIETTERECHTE HILFE VOM VERBAND

Der Mieterinnen- und Mieterverband der Schweiz versteht sich auf politischer Ebene als Stimme jener rund 60 Prozent der Menschen im Land, die zur Miete wohnen. Seinen Mitgliedern bietet er kostenlose Beratung in Mietrechtsfragen sowie viele praktische Hilfen wie Musterbriefe und Formulare. Die Jahresmitgliedschaft kostet je nach Sektion zwischen 55 und 100 Franken. [mietverband.ch](http://mietverband.ch)

# Veranlagung statt Quellensteuer Sparpotential

**Wird Ihr Lohn quellenbesteuert, lohnt sich vielleicht eine nachträgliche ordentliche Veranlagung am Wohnort. Den Antrag dafür müssen Sie bis am 31. März stellen.**

Bis vor kurzem gab es für in der Schweiz berufstätige und hier Wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer ohne C-Bewilligung, die unter 120'000 Franken pro Jahr verdienten, nur die Quellenbesteuerung. Jetzt haben auch alle Quellenbesteuerten unter dieser Einkommensgrenze die Wahl: Sie können nachträglich eine normale Steueranmeldung verlangen. Dann werden sie nach dem gleichen Verfahren wie Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie Niedergelassene aufgrund einer Steuererklärung besteuert.

Ob sich der Aufwand lohnt, hängt von mehreren Faktoren ab. Je tiefer der Steuerfuss am Wohnort liegt, umso eher zahlt sich die nachträgliche ordentliche Veranlagung aus. Und vor allem spielen die Abzüge eine Rolle. Wer hohe Gesundheitskosten hatte, Sparbatten in die steuerbegünstigte Säule

### Entscheidend: Abzüge und Steuerfuss.

3a eingezahlt hat oder Abzüge für Weiterbildungen, Spenden und anderes vornehmen kann, kommt bei der ordentlichen Besteuerung schnell einmal billiger. Im ungünstigen Fall kann die Steuerrechnung aber auch einmal höher ausfallen. Im Zweifel lohnt sich die Beratung durch eine Fachperson. (jk)

**work**rätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 3  
Das Lösungswort lautete: PAPIERLOSE



DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks,  
hat gewonnen: Rainer Koller, Wattwil SG.  
Herzlichen Glückwunsch!

Geburtsort von Zeus			Sittlichkeit, Anstand	Sinnesorgan	amerik. Kleinkatzen			Missgunst	Ältestenrat	Kreisberechnungszahl	US-Wintersportort		Halbton unter G		vollbracht, fertig	bevölkert, rege	Rufname von Onassis †	Autokz. Kanton Uri
Liebeserlebnis				12				Abfall beim Hobeln							Gebäude im Entstehen			10
männl. Fürwort			Teil der Kette		Nährstoff, Protein		6						schweiz. Autor (Paul)		Berg im Albulagebiet: Piz d'...			
Vergütung bei Arbeitsausfall								Teufelsrochen		salopp, lässig		vorbildl. Fabrik in Winterthur		2				Kochvorgang
				11	langes Halstuch kathol. Priester			bildende Künstlerin							Fischfanggerät		Umgebung	
Sumpfvogel, Teichhuhn	ital. Artikel		komisch, witzig		Länder, Nationen					14		brit. Hochadlige		schwed. Popgruppe				
starke Neigungen							Teil der Blume		Überbleibsel Mz.		engl. Jagdhund					8		
					auch, desgleichen		Salz auf Glatteis werfen						Pflanzenteil		ital. Tonbez. für das D			
Edelmetall	Familienverbände		überheblich abgrenzend								span. Stadt am Tajo		Reinigungsgerät					
Figur bei Disney † (Löwe)				4			Haustier		histor. Städtchen im Kt. GR		Kobold d. nord. Mythologie				Verbindung v. Rädern		Die Zeit ... alle Wunden.	
			Laubbaum		beständig, klassisch								Lied (engl.)		Ausruf des Erstaunens			
russ. Kampfflugzeug			lebhaftes Missfallen							5	Jazzkonzertauftritt		ist angeblich vorbei					
helle Bier-sorten					Initialen e. CH-Tennisspielers		Zch. f. Gold		Vorschrift			7		sozialdemokr. Partei d. Schweiz		sächl. Fürwort		
dt. Autor † 1995 (Michael)			intern. Klimaaufträge (Jennifer)						Abk.: Idaho				Kraut mit Brennharen					
				3														
					schweiz. Skirennfahrer (Beat)				Beckeninstrument					13	Teil der ungar. Hauptstadt			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work,  
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per  
E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 11. März 2022

INSERAT

**UNIA**

**Höhere Löhne statt**

**höheres Rentenalter.**

**Am 8. März auf die Strasse!**



[unia.ch/8maerz](http://unia.ch/8maerz)

**WORKLESERFOTO**



**Hoch über dem Nebelmeer**

**WANN** 13. Dezember 2021  
**WO** Bütschelegg BE  
**WAS** Sonnenaufgang beim Aussichtspunkt Taveldenkmal  
**Eingesandt von** Denise Borer, Moosseedorf BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie **100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. **Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

**1. Frauentag I:**  
**Wie heisst das Bieler Spital, das acht langjährigen Reinigerinnen weniger bezahlen will?**

- a) Lärche?
- b) Linde?
- c) Eiche?
- d) Buche?



**2. Frauentag II:**  
**Wie viel weniger sollen die Reinigerinnen verdienen?**

- a) bis 9 Franken?
- b) bis 90 Franken?
- c) bis 99 Franken?
- d) bis 900 Franken?

**3. Frauentag III:**  
**Welche Haarfarbe trägt US-Superstar-Fussballerin Megan Rapinoe, die erfolgreich gegen Lohndiskriminierung bei den Kickerinnen gekämpft hat?**

- a) Platin?
- b) Blond?
- c) Leucht-Lila?
- d) Violett

**4. Frauentag IV:**  
**Warum mochte der Chef von Paula Ducroix im McDonald's-Restaurant in Marin NE sie nicht befördern?**

- a) weil sie heiraten wollte?
- b) weil sie nicht heiraten wollte?
- c) weil sie ihn heiraten wollte?
- d) weil sie den Sous-Chef heiraten wollte?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b; 2d; 3a-d; 4a

**WORKPOST**



**WORK 3 / 18.2.2022: WIR SIND EUROPAMEISTERIN IM CHRAMPFEN**

**Eine kleine Ergänzung**

Die 40-Stunden-Woche-Initiative, die 1976 abgelehnt wurde, war zwar von der Poch lanciert worden, jedoch von den Parteien PSA und RML mitgetragen und eingereicht. Die korrekte Geschichtsschreibung wäre: Poch/PSA/RML-Initiative. Dies auch aus Respekt gegenüber jenen Unia-Mitgliedern und heute pensionierten Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären, die sich damals als RML-Mitglieder für diese Initiative engagiert haben.

BRUNO BOLLIGER, PER MAIL

**Höchste Zeit**

Es ist höchste Zeit, den erarbeiteten Mehrwert an die Arbeitenden weiterzugeben. Dazu ist Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn ein hervorragender Ansatz.

PETER BAUMGARTNER, PER MAIL

**Gerechte Verteilung**

Vania Alleva hat recht: die bezahlte und die unbezahlte Arbeit muss gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Denn noch immer leisten Frauen den überwiegenden Teil der Betreuungsarbeit. Mit allen negativen Folgen für ihr Berufsleben, ihren Lohn und schliesslich ihre Rente.

SANDRA BRECHBÜHL, PER MAIL

**Von wegen Luxus**

Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn ist kein Luxus. Sondern einfach ein vernünftiger Ansatz, den Profit aus der höheren Produktivität zu einem grösseren Teil jenen weiterzugeben, die ihn geschaffen haben. Jetzt landet davon immer noch ein zu grosser Teil in den Taschen der Besitzenden.

DANIEL FROMM, PER MAIL

**WORK 3 / 18.2.2022: DIE WINTERTHURER «NAGLI» ZEIGT, WIE ES GEHT!**

**Ermutigend**

Ein erfrischender und ermutigender Bericht! Erfrischend, weil die Arbeiter erzählen, wie sie trotz allen Widrigkeiten die Fabrik selber übernommen haben. Und ermutigend, weil er zeigt, dass nicht nur in Hipster-Buden und IT-Unternehmen Arbeitszeitreduktionen möglich sind, ohne dass die Welt untergeht. Wie das die Arbeitgeber immer behaupten.

SONJA ZWAHLEN, PER MAIL

**Einfach sympathisch!**

Danke für dieses tolle Portrait. Es zeigt, dass die Arbeitszeitverkürzung durchaus möglich ist. Solche Beispiele sind wichtig. Und dazu kommt: Die Mitarbeitenden der «Nagli» sind einfach auch sehr sympathisch!

MAJA BRÜGGER, PER MAIL

**WORK 3 / 18.2.2022: RIESENKRACH BEI BAUMEISTERN**

**So nicht, Herr Lardi!**

Baumeisterchef Lardi will die Löhne der Arbeitenden kleinhalten, und er selber scheffelt Millionen. Ganz ehrlich, für den würde ich nicht mal mit dem kleinen Finger winken!

SABINE KELLER, VIA FACEBOOK

**Auf den Punkt gebracht**

Die Spitze des Baumeisterverbandes ist schon seit Jahren ideologisch unterwegs. Damit schadet sie auch ihren eigenen Mitgliedern. Die Walliser Meister haben das erkannt und es gut auf den Punkt gebracht.

BORIS HALDENBACH, PER MAIL

**Gespannt, was kommt**

Ich bin ja gespannt, wie blöd der Baumeisterverband in den nächsten Monaten noch tun wird. Wir Büezer bauen die Schweiz, wir Büezer haben die Coronakrise durchgearbeitet. Und wir wollen jetzt endlich mehr Lohn und Respekt. Und wir Büezer werden uns dafür wehren mit allem, was dafür nötig ist.

ALEJANDRO GONZÁLEZ, PER MAIL

**Baugeister**

Schon im vergangenen Herbst wären faire Lösungen möglich gewesen. Doch im Unterschied zu den Wallisern scheinen in der Restschweiz nicht nur die nationale Verbandsspitze, sondern auch die kantonalen Tenöre im Baumeisterverband ideologisch getrieben und nicht lösungsorientiert. Aber viele Patrons wissen, dass es ohne motivierte Büezer nicht geht. Ich hoffe, das Walliser Beispiel mache ihnen Mut, sich auch in ihren Kantonen gegen Betonköpfe zu wehren.

HANS GEHRLI, DORNACH SO

**Eine Vision**

Ich bin jetzt 82 Jahre alt. Und betroffen und traurig darüber, was in der Ukraine (und anderswo) immer noch passiert. Und das im 21. Jahrhundert! Das ist wahrlich kein Trost fürs Jenseits. Deshalb hier eines meiner Gedichte. Eine Vision halt!

**MANCHMAL meine Vision**

Männer weltweit legen ihre Waffen  
 Uniformen nieder  
 verweigern Achtungsstellung und  
 Paraden  
 verweigern Führern und Verführern  
 die Gefolgschaft  
 bestreiken Waffenschmieden und  
 Versuchsgelände  
 streiken auf Flugzeugträgern  
 Raketenbasen Übungsplätzen  
 entlarven Machthaber Schreihälse  
 Egomanen  
 entlarven Korrumptierer  
 Angstmacher Lebensverächter  
 haben keine Ängste mehr  
 und kehren bei sich ein  
 helfen ihren Kindern  
 in die Kleider  
 helfen ihnen  
 aufrecht stehn und gehn  
 wahrhaftig sein  
 streichen ihnen übers Haar  
 und über Wangen  
 streichen ihnen Butterbrote  
 vertrauen ihnen  
 und sich selber  
 vertrauen  
 auf die guten Kräfte  
 und auf die Idee  
 MENSCH

EUGEN ZUBERBÜHLER, ARBON TG

**Oliver Greutert (42) fährt für die Rettung Basel Zwölf-Stunden-Schichten im Spitalauto**

# «Irgendetwas passiert bei uns immer»

**Nein, den Job könne man nicht einfach locker runterspulen, sagt Rettungssanitäter Oliver Greutert. Und trotzdem fühlt er sich sehr wohl darin.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS STEFAN BOHRER

Schon als Erstklässler schrieb es Oliver Greutert in die Freundschaftsbücher seiner Kollegen: Er will im Rettungsdienst arbeiten. Genauso wie sein Vater. Er erinnert sich gut: «All die Knöpfe in der Ambulanz und vor allem das Blaulicht, das hat mich fasziniert.»

Nach einem Umweg über die Pflege setzte er vor zehn Jahren seinen Buben- und Trauma in die Tat um und machte die Rettungssanitäter-Schule. Bereit hat er es nie: «Einfach unglaublich spannend» sei der Beruf, sagt der 42-jährige und strahlt übers ganze Gesicht. «Ich weiss nie, was mich erwartet. Das hat etwas Befreiendes.»

**LEBEN.** Gleich bleibt nur: Am Einsatzort wartet ein Mensch, der Hilfe braucht. Vom Neugeborenen bis zur 112-jährigen Greisin können das alle sein. «Und in allen möglichen und unmöglichen Lebenssituationen.»

Bei der Rettung Basel-Stadt, bei der Greutert arbeitet, stehen rund um die Uhr mindestens fünf Rettungswagen im Einsatz, tagsüber unter der Woche sogar neun. Zwei Personen pro Fahrzeug, zwölf Stunden dauert eine Schicht. «Irgendetwas passiert immer», sagt Sanitäter Greutert. Im Schnitt hat er vielleicht sechs Einsätze pro Schicht, es können aber auch mal neun oder zehn sein. «Manchmal ist es mir ein Rätsel, wie an einem normalen Tag so viel passieren kann.»

Am häufigsten wird die Sanität laut Greutert von älteren Menschen gerufen, die dank der Spitex zwar noch zu Hause leben können, aber bereits bei einem leichteren Sturz oder einem Infekt auf die Hilfe des Rettungsdienstes angewiesen sind. Das seien dann keine Notfälle, für die er mit Blaulicht durch die Stadt brettern müsse, sagt Greutert. Da könne er sich auch Zeit nehmen für die Menschen: «Ein Einsatz geht so lange, wie er geht.» Ein krasser Gegensatz zu seiner früheren Arbeit in der Spitalpflege, wo Zeit- und Personalmangel alltäglich waren. Der Rettungsdienst dagegen bekommt die Ressourcen, die er braucht.

Warum dieser Unterschied? Greutert sagt lakonisch: «Anderes Department.» Er ist beim Kanton Basel-Stadt im Justiz- und Sicherheitsdepartement angestellt. Dort herrsche nicht der gleiche Spardruck wie im Gesundheitsdepartement mit den Spitälern. Ausserdem gelte der Grundsatz, dass Entscheide vor Ort nicht hinterfragt würden von Leuten, die nicht dabei waren. «So kann ich zu hundert Prozent meine Arbeit machen, nach bestem Wissen und Gewissen. Das ist enorm befriedigend.»

**TOD.** Die Blaulicht-Einsätze, bei denen es um Leben und Tod gehe, die gebe es natür-

lich auch. Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten, die eingeklemmt sind. Menschen mit Herzstillstand, die reanimiert werden müssen. Todesfälle.

Hat er schon Situationen erlebt, die ihn überforderten? «Ja», sagt er ohne zu zögern, «das gehört dazu. Wenn ich weiss, der Patient stirbt mir jetzt, dann bin ich immer überfordert.» Los werden könne man das nicht. Aber lernen, auch in Extremsituationen weiterzuarbeiten. Greutert spricht von «Algorithmen», die er im Kopf gespeichert hat. Feste Handlungsanleitungen, so wie das bekannte «Gabi» in der ersten Hilfe, nur ausgefeilter. Die würden in der Ausbildung immer und immer wieder trainiert, stundenlang. «Denn im Stress schaltet das Hirn auf dumm. Die Leistung des Prozessors liegt nur noch bei fünf Prozent», sagt Greutert und schmunzelt. «Bis man das Gelernte dann wirklich abrufen kann, braucht es zwei Jahre Training.»

Alpträume habe er keine. In Notfällen distanzieren er sich von den Gefühlen: «Wir haben immer etwas zu tun. Wir sitzen nicht nebendran und sehen das Leiden.» Aber ja, es gebe immer Einsätze, die einen emotional überrumpelten. Am schlimmsten seien dabei nicht etwa schwere Verletzungen. «Schlimm ist Hilflosigkeit. Wenn ich den Angehörigen sage, wir könnten nichts mehr machen. Besonders, wenn ein Kind stirbt.» Und es dann sein Job ist, eine Stütze zu sein. Weil sonst niemand da ist.

**WISSEN.** Kürzlich habe ein Kollege gekündigt, weil er zu viel schlimme Sachen erlebt habe. «Er sagte, das müsse er seiner Seele nicht mehr antun. Das gab mir schon zu



**OLIVER GREUTERT SANITÄTS-FAMILIE**

Nicht nur Oliver Greuterts Vater arbeitete in der Rettung, sondern auch die Mutter: als Notfallpflegerin im Spital. Dort seien sich seine Eltern begegnet. «Und auch ich habe meine Frau im Spital kennengelernt», sagt Greutert und lacht. Sie ist diplomierte Pflegefachfrau. Zusammen haben sie drei Kinder. Zwei Mädchen (14 und 12) und einen 5-jährigen Jungen. Und der ist, wen wundert's, hingerissen vom Rettungswagen. Die Familie wohnt ganz in der Nähe des Basler Claraspitals. Manchmal fahre er auf dem Rückweg von einem Transport zu Hause vorbei und leuchte mit dem Scheinwerfer in die Wohnung, sagt Greutert. «Dann kommt mein Sohn und winkt.»

**HOBBY-GÄRTNER.** In der Freizeit zieht es Greutert in die Berge oder ins Hallenbad. Oder er ist als Handwerker tätig, im Haus oder an der Baumhütte im Garten. Als Rettungssanitäter und Ausbilder gehört er in Basel-Stadt der Lohnklasse 13 an, zwei höher als das Pflegepersonal. Das heisst, sein Lohn liegt zwischen 5200 und 8600 Franken brutto pro Monat. «Meiner ist in der oberen Hälfte», verrät er.

denken. Aber für mich überwiegen klar die positiven Erlebnisse.» Und das Wissen, dass er eine schlimme Situation oft entscheidend verbessern kann. Davon zeugten auch Dankeskarten, die ab und zu bei der Zentrale ankämen. Von Menschen, die er und seine 140 Kolleginnen und Kollegen (der Frauenanteil liegt bei rund 40 Prozent) «ins Leben zurückholen» konnten.

Positiv findet Oliver Greutert auch das Schichtmodell der Basler Sanität. Es wiederholt sich alle acht Tage: Zuerst zwei Tagesschichten von 7 bis 19 Uhr. Dann 24 Stunden Pause, der zwei Nachtschichten folgen. Und dann vier Tage frei. Nach den Nachtschichten schläft der Familienvater Greutert bis am Mittag, den Nachmittag verbringt er mit der Familie. Er rechnet vor: «An sechs von den acht Tagen kann ich viel Zeit mit den Kindern verbringen. Für eine Hundert-Prozent-Stelle ergibt das enorm viel Zeit zu Hause.»



**ALLES GRIFFBEREIT:** Der Rettungswagen von Oliver Greutert ist für jede Situation gewappnet. Kommt ein Notruf, muss es schnell gehen.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.- im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Ditigalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.